



WORTPROTOKOLL

**der 2. Sitzung der
XX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Freitag, 9. Juli 2010
10.06 Uhr - 12.26 Uhr

Tagesordnung

- 1. Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans Niessl*
- 2. Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 31)

Landesregierung

Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans N i e s s l (S. 33)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz S t e i n d l (S. 42), Manfred K ö l l y (S. 45), Michel R e i m o n, MBA (S. 55), Johann T s c h ü r t z (S. 56 u. S. 68), Ing. Rudolf S t r o m m e r (S. 60) und Christian I l l e d i t s (S. 64)

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 31)

Ausschüsse

Wahl des Hauptausschusses, des Agrarausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 69)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 06 Minuten

Präsident Gerhard Steier: Einen schönen guten Morgen, darf ich allgemein wünschen und die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages am 9. Juli 2010 für eröffnet erklären.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt. Für die heutige Sitzung ist niemand entschuldigt.

Mitteilung des Einlaufes

Präsident Gerhard Steier: Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Gerhard Pongracz: Einlauf für die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages vom Freitag, dem 9. Juli 2010.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der Burgenländische Sportbericht 2008/2009 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 20 - 4) (Beilage 4);
2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung zugestimmt wird (Zahl 20 - 5) (Beilage 5);
3. Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2009 genehmigt wird (Zahl 20 - 6) (Beilage 6);
4. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Leichen- und Bestattungswesengesetz geändert wird (Zahl 20 - 7) (Beilage 7);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Krankenanstaltengesetz 2000 - Bgld. KAG 2000 geändert wird (Burgenländische Krankenanstaltengesetz-Novelle 2010) (Zahl 20 - 8) (Beilage 8);
6. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Besoldungsrechtsgesetz 2001 geändert wird (Zahl 20 - 9) (Beilage 9);
7. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997 geändert wird (12. Novelle zum Burgenländischen Landesbeamten-Dienstrechtsgesetz 1997) (Zahl 20 - 10) (Beilage 10);
8. Gesetzentwurf, mit dem das Landesvertragsbedienstetengesetz 1985 geändert wird (22. Novelle zum Landesvertragsbedienstetengesetz 1985) (Zahl 20 - 11) (Beilage 11);
9. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetz geändert wird (Zahl 20 - 12) (Beilage 12);
10. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Landesbeamten-Pensionsgesetz 2002 geändert wird (Zahl 20 - 13) (Beilage 13);
11. Beschlussantrag, mit dem der Bericht der Burgenländischen Landesregierung nach dem Objektivierungsgesetz betreffend Erstaufnahmen und Bestellungen im Jahr 2009 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 20 - 14) (Beilage 14);
12. Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Landarbeitsordnung 1977 geändert wird (Zahl 20 - 15) (Beilage 15);

13. Gesetzentwurf, mit dem die Land- und forstwirtschaftliche Berufsbildungsordnung 1993 geändert wird (Zahl 20 - 16) (Beilage 16).

Weiters sind selbständige Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Kolleginnen und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Tourismusgesetz 1992 geändert wird (Zahl 20 - 17) (Beilage 17);
2. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Einführung einer Pflegelehre (Zahl 20 - 18) (Beilage 18);
3. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Einberufung eines Burgenland-Konventes zur Erarbeitung einer Reform der Landesverfassung (Zahl 20 - 19) (Beilage 19);
4. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für neue EU-Mitgliedsstaaten (Zahl 20 - 20) (Beilage 20);
5. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Weiterleitung des Gutachtens des Landes-Rechnungshofes über die Gebarung der Stadtgemeinde Oberwart an den Landtag (Zahl 20 - 21) (Beilage 21);
6. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Förderung der Gemeinden und Gemeindeverbände hinsichtlich der Schulung der Mitarbeiter und politischen Mandatäre (Zahl 20 - 22) (Beilage 22);

der Prüfbericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Abteilung 2 - Gemeinden und Schulen - im Bereich des Referates Gebarungsaufsicht Gemeinden (Zahl 20 - 1) (Beilage 1);

der Bericht des Rechnungshofes betreffend Integration Nachhaltiger Entwicklung in den Ländern Burgenland, Salzburg und Tirol (Zahl 20 - 3) (Beilage 3) sowie

ein ergänzendes Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Korruption um Auslieferung gemäß Art 57 Abs 3 erster Satz B-VG iVm Art 96 Abs 1 B-VG, Art 24 Abs 3 erster Satz Bgld L-VG betreffend den Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag Gerhard Pongracz (Zahl 20 - 2) (Beilage 2)

eingelangt.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Schriftführer. Meine geschätzten Damen und Herren, die Zuweisung dieser Vorlagen werde ich nach der Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse vornehmen.

Ich gebe nunmehr die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.
2. Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes

Präsident Gerhard Steier: Wir gehen damit in die Tagesordnung ein und kommen zum Punkt 1. dieser Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Abs. 1 L-VG hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungsarbeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich nunmehr Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine Ehre und auch eine große Freude, dass ich heute als Landeshauptmann des Burgenlandes nach den Jahren 2000 und 2005 nun zum dritten Mal eine Regierungserklärung über das grundlegende Programm und die Ziele der Regierung für die kommenden fünf Jahre abgeben kann.

Die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft sind enorm. Aber wir sollten nicht nur die Größe der Herausforderungen und Aufgaben, sondern auch das Ausmaß der Chancen erkennen.

Ich lade Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein: Gestalten wir gemeinsam die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland. Stellen wir das Burgenland vor das Trennende. Schaffen wir ein festes, stabiles und breites Fundament, das in schwierigen und weltweit unsicheren Zeiten Vertrauen, Verlässlichkeit und Sicherheit gibt.

Setzen wir ein burgenländisches Zukunftspaket um, das gute Rahmenbedingungen für den weiteren Aufstieg des Burgenlandes bietet. Das ist die Aufgabe, die wir gemeinsam in Angriff nehmen müssen!

Meine Damen und Herren! Wenn ich die letzten zehn Jahre Revue passieren lasse, dann können wir gemeinsam stolz darauf sein, wie sich das Burgenland entwickelt hat. Das Burgenland war einst Schlusslicht. Heute nimmt es in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein. Dieses Land ist ein wunderbares Land.

Das zeigt die Entwicklung von Wirtschaft und Tourismus, der Natur- und Umweltschutz mit der Nutzung erneuerbarer Energie. Das Burgenland hat ein hochwertiges Sozial- und Gesundheitswesen. Eine sehr aktive Vereins- und Freiwilligenarbeit steht für Zusammenhalt und Lebensqualität. Wer kulturelle Vielfalt sucht, der findet sie im Burgenland.

Und das Burgenland ist heute das Bildungsland Nummer 1 geworden. Wir haben - umgelegt auf die Zahl der Einwohner - die meisten Maturanten, sind an der Spitze der Kinderbetreuung. Bei den Lehrlingen, bei der Ausbildung junger Menschen liegen wir auch an der Spitze.

In diesen Tagen wurde in den Medien über die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland vor zehn Jahren berichtet. Wir können im Burgenland zufrieden damit sein, dass es ein friedliches, partnerschaftliches und geradezu freundschaftliches Zusammenleben der Volksgruppen und der Konfessionen gibt.

Die Mehrsprachigkeit im Land, die gelebte kulturelle Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt im Umgang miteinander - das sind ganz wichtige Bestandteile der burgenländischen Identität, die wir auch für die Zukunft bewahren sollten.

Es ist keine Übertreibung, wenn ich behaupte: Das Burgenland wurde vom Ziel 1 in manchen Bereichen zur Nummer 1 in Österreich. Dieser Aufstieg ist ein gemeinsamer Erfolg aller Burgenländerinnen und Burgenländer, aller Frauen und Männer in diesem Land. Ich hege keinerlei Zweifel, ich bin von ganzem Herzen davon überzeugt: Gemeinsam können wir die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenlandes erfolgreich gestalten!

Von Victor Hugo stammen die Worte: „Die Zukunft hat viele Namen. Für die Schwachen ist sie die Unerreichbare, für die Furchtsamen ist sie die Unbekannte, für die Tapferen ist sie die Chance.“ Daher sollten wir mit Mut und Zuversicht die Arbeit beginnen. Setzen wir ein rot-goldenes Zukunftspaket um, damit es weiter aufwärts geht in unserem Heimatland Burgenland! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP)*

Ich wurde öfters gefragt: Wie ist es, wenn man in die dritte Amtsperiode als Landeshauptmann des Burgenlandes geht? Ich habe dann sinngemäß gesagt: Natürlich ist es anders als nach der ersten Wahl zum Landeshauptmann, weil man natürlich zehnjährige Erfahrung mitbringt.

Aber zumindest in einem Punkt hat sich - hoffentlich für jede und jedem in diesem Land erkennbar - nichts verändert: Ich gehe mit großer Motivation an die Arbeit, ich will mit Herzblut und viel Engagement, mit vollem Einsatz für das Burgenland arbeiten.

Ich will das gemeinsam mit meinem Team tun. Auch gemeinsam mit den Partnern in der Regierung und im Landtag, gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Vertretern der Arbeitnehmer, der Wirtschaft, der Industrie, gemeinsam mit den Burgenländerinnen und Burgenländern.

Bei aller - demokratiepolitisch notwendigen - Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Meinungen und Standpunkten bei Sachthemen, in einzelnen Fragen und in einzelnen politischen Fragen:

Gehen wir ein Stück des Weges gemeinsam. Für unser Heimatland Burgenland und für die Menschen in unserem Land!

Meine Damen und Herren! SPÖ und ÖVP haben für die kommenden fünf Jahre ein Regierungsübereinkommen unterzeichnet. Damit verbunden ist das klare Bekenntnis zu einer neuen Form der Zusammenarbeit.

All jene, die in der Vergangenheit zu viel Streit beklagt haben, aber jetzt einen so genannten „Kuschelkurs“ befürchten - nach wenigen Wochen, kann ich nur beruhigen. Wir werden in der Sache weiter Diskussionen zu führen haben, aber eines muss ganz klar sein: Wir werden - und dafür stehe ich als Landeshauptmann - in den wichtigsten Zukunftsfragen des Landes einen gemeinsamen Weg suchen und ich bin überzeugt auch finden!

Ich werde meine Kraft dafür einsetzen, dass das Burgenland vor das Trennende gestellt wird, dass am Ende der Diskussion eine Lösung steht, die im Interesse des Landes ist. Kein „Streiten“, kein „Kuscheln“ - gemeinsame Arbeit für unser Heimatland Burgenland. Einzig und allein darum geht es, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Und wir stehen vor sehr großen Herausforderungen. Nachdem wir die Folgen der internationalen Finanzkrise besser bewältigen konnten als andere Bundesländer, müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Krise endgültig überwunden werden kann. Gefragt sind

weitere Impulse für die Belebung der Konjunktur, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Gemeinsam sind wir in den nächsten Jahren - ebenso wie die Gemeinden - mit sinkenden Einnahmen aus dem Finanzausgleich konfrontiert. Wir werden also Einsparungen vornehmen müssen, gleichzeitig an anderer Stelle aber auch die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen.

Mein Vorgänger Karl Stix hat von einer Finanzpolitik des „Gasgebens und Bremsens“ gesprochen. Ich denke, das ist der Wesenszug der Budget- und Finanzpolitik überhaupt, dass eine Prioritätensetzung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, auch im Interesse künftiger Generationen, die vorgenommen werden kann.

Nach Möglichkeit sparen, damit neue Chancen möglich werden! Darum geht es, meine sehr geehrten Damen und Herren. Daher ist im Regierungsübereinkommen auch festgeschrieben, dass in den kommenden Jahren weitere Einsparungspotenziale genutzt werden. Wir wollen den Weg einer soliden und verantwortungsvollen Budgetpolitik fortsetzen.

Neun der letzten zehn Budgets konnten ohne neue Schulden erstellt werden, das ist ein großartiger Erfolg, der in keinem anderen Bundesland gelungen ist und auch nicht im Bund. Um die Wirtschaftskrise abfedern zu können, haben wir für 2010 erstmalig neue Schulden im Budget in Kauf genommen.

Jetzt wollen wir über den Konjunkturzyklus wieder ausgeglichene Budgets erreichen. Die gesunden Finanzstrukturen des Landes sollen auch für die Zukunft sichergestellt sein. Das ist ein ganz wichtiges Ziel, das wir uns im Regierungsübereinkommen auch gesetzt haben.

Wir brauchen eine sparsame, effiziente und nachhaltige Budgetplanung. Sparpotenziale sind auszuschöpfen. Davon ausgenommen sind die Bereiche Sicherheit, Bildung und Wirtschaftsförderung.

Und ich betone kein Sparen auf Kosten der Sicherheit bei unseren Blaulichtorganisationen, kein Sparen bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, weil dadurch auch die Gelder der EU und des Bundes nicht ausgelöst werden könnten.

Meine Damen und Herren! Wir werden weitere Reformschritte im Bereich der öffentlichen Verwaltung setzen, wir werden im Bereich der Beteiligungen des Landes Strukturen und Effizienz prüfen. Das Burgenland strebt eine moderne, effiziente und schlanke Verwaltung auf allen Ebenen an.

Im Bereich des Amtes der Burgenländischen Landesregierung bedeutet das im Besonderen Beseitigung von Parallelstrukturen, die Konzentrierung der zentralen Dienste und die Entflechtung der Stabsstellenstruktur sowie Reformen im Verwaltungsbereich des Landesschulrates.

Durchleuchtet und nach einem wirtschaftlichen, effektiven und ergebnisorientierten Mitteleinsatz sollen diese Bereiche evaluiert werden auch die ausgegliederten Bereiche und Beteiligungen des Landes sollen in entsprechender Form überprüft und evaluiert werden.

Ich bekenne mich aber auch zu guten und fairen Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Burgenland ist ein gut verwaltetes Land. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen hochwertige Leistungen, die eine kunden- und serviceorientierte Verwaltung erst ermöglichen. Bürgernähe schafft Lebensqualität! Diese Bürgernähe muss auch in Zukunft gegeben sein!

Meine Damen und Herren! In den letzten Jahren, vor Ausbruch der internationalen Wirtschaftskrise, hatten wir in manchen Teilen des Landes nahezu Vollbeschäftigung, in anderen Landesteilen waren wir knapp dran, dieses Ziel zu erreichen.

Jetzt sind wir wieder in einer Position, in der wir das Ziel Vollbeschäftigung ernsthaft formulieren können. Wir wollen uns mit dem Zukunftspaket, das wir umsetzen werden, wieder in Richtung Vollbeschäftigung bewegen.

Wir wollen die Frauenbeschäftigungsquote, die in den vergangenen zehn Jahren um zehn Prozent auf 70 Prozent gestiegen ist, weiter anheben, bessere Jobs für Frauen, die Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt erhöhen.

Wenn heute eine Tageszeitung schreibt, 36 Prozent weniger Arbeitslose im Süden des Burgenlandes und ausführt, dass in Jennersdorf um 36 Prozent und beim AMS Stegersbach um 19 Prozent die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, dann zeigt das, dass wir auf den richtigen Weg sind und schon in der Vergangenheit wichtige und richtige Rahmenbedingungen gesetzt haben.

Wir haben sehr gut ausgebildete junge Männer und Frauen im Burgenland, Facharbeiter, Lehrlinge, Studierende an den Universitäten und Fachhochschulen, die für die Zukunft des Landes stehen. Heute vor einer Woche konnte ich im Lisztzentrum in Raiding die Maturantinnen und Maturanten empfangen, die heuer mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden haben.

Es ist immer wieder beeindruckend für mich, mit wie viel Eifer und Engagement, aber auch Verantwortungsbewusstsein diese jungen Menschen ihr Leben in die Hand nehmen und gestalten, große Zukunftspläne entwickeln, eine sehr klare Vorstellung vom Leben haben.

Für die meisten, für die ganz große Mehrheit dieser jungen Menschen trifft das schon zitierte Wort von Victor Hugo zu, wonach die Zukunft für den Tapferen den Namen Chance trägt.

Daher wollen wir der Jugend, den jungen Männern und Frauen im Land, die besten Möglichkeiten und moderne Arbeitsplätze bieten. Die Ausbildungsgarantie wird umgesetzt, nachdem wir mit dem Jugendbeschäftigungspaket bereits die Basis dafür geschaffen haben.

Jeder Jugendliche im Burgenland muss die Chance auf einen Lehr-, Ausbildungsplatz oder Studienplatz haben. Zu jeder Ausbildungsgarantie gibt es ein klares Bekenntnis. Diese Burgenländische Landesregierung wird die Ausbildungsgarantie umsetzen!

Noch niemals gab es im Burgenland so gut ausgebildete Lehrlinge, Facharbeiter und Maturanten. Wir wollen, dass alle jungen Männer und Frauen eine Zukunftschance in unserem Heimatland Burgenland haben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Und wir werden auch die Vorreiterrolle des Burgenlandes im Bildungsbereich nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen.

Das Burgenland ist heute, wie ich bereits gesagt haben, das Bildungsland Nummer 1, wir haben mit einem Wert von 46 Prozent die höchste Maturantenquote aller Bundesländer. Die Maturantenquote ist der Indikator für die Entwicklung eines Landes. Es kann keine hoch entwickelte Gesellschaft ohne ein hohes Bildungsniveau geben!

Und wenn wir im nächsten Jahr, im Jahr 2011, das 90 Jahr-Jubiläum des Burgenlandes feiern, dann wird vor allem auch der Ausbau der Bildung als historisch bedeutsames Fundament für den Aufstieg, für die Erneuerung und den erfolgreichen burgenländischen Weg zu nennen sein.

Das Bildungsland Burgenland hat enorme Fortschritte gemacht, wir nehmen heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein. Aber auch in diesem Bereich gilt, dass das Gute der Feind des Besseren ist. Daher nehmen wir eine zukunftsorientierte Bildungspolitik als zentrale Herausforderung an, wir wollen die bestmögliche Bildung für alle, ein Bildungssystem, das die Fähigkeiten des Einzelnen fördert und nicht nach sozialer Herkunft fragt.

Der Kindergarten als erste Bildungsstätte wird weiterhin von Seiten des Landes unterstützt, für den Besuch des Gratiskindergartens und der Kinderkrippe werden die finanziellen Mittel in gleicher Höhe, also bis 500 bzw. 1.000 Euro pro Kind, zur Verfügung gestellt.

Um den Mangel an Hauptschullehrern zu beheben, sollen mit Unterstützung des Bundes alle Möglichkeiten genutzt werden, aufbauend auf die Volksschullehrerausbildung an der Pädagogischen Hochschule Burgenland eine Berufsbegleitende Hauptschullehrerausbildung anzubieten.

Ganztägige Betreuungseinrichtungen sind verstärkt anzubieten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einem noch besseren Ausmaß zu gewährleisten. Der Schulversuch der Neuen Mittelschule ist gemäß der von der Bundesregierung vereinbarten Vorgangsweise fortzuführen. Die Vernetzung der Fachhochschulen mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung ist weiterhin zu fördern und auszubauen.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich nicht nur zur strukturellen Weiterentwicklung unseres Bildungssystems, sondern im Rahmen des burgenländischen Kindergarten- und Schulbauprogramms auch zur Vornahme der notwendigen Sanierungs- und Baumaßnahmen an unseren Schulen, um die besten Rahmenbedingungen für unsere Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

Mehr denn je gilt: Bildung bildet Menschen. Bildung bildet Chancen. Bildung bildet Zukunft! Nach diesem Motto wollen wir auch vorgehen.

Meine Damen und Herren! Eine offensive Beschäftigungspolitik, die Umsetzung der Ausbildungsgarantie, die weitere Optimierung der Bildung in unserem Land sind wichtige Eckpfeiler des burgenländischen Zukunftspakets.

In Anbetracht der fortschreitenden Internationalisierung, der Erkenntnisse und Lehren, die wir aus den Problemen der Finanzmärkte ziehen können, brauchen wir auch klare, rasche und zielorientierte Maßnahmen, die Wachstum und Beschäftigung im Burgenland stärken.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zur Struktur der Klein- und Mittelbetriebe, zu deren Stärkung und nachhaltige Positionierung dieser Klein- und Mittelbetriebe. Dazu ist es auch von Bedeutung, Leitbetriebe im Burgenland anzusiedeln. Denn nur ein gesunder und vernünftiger Mix aus Leitbetrieben, Klein- und Mittelbetrieben ist Gewähr für eine effiziente und auch effektive Wirtschaftspolitik.

Dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit über die Grenzen des Burgenlandes und Österreichs hinaus erfordert eine entsprechende Positionierung bei Zukunftstechnologien. Ein dynamischer, zukunftsgerichteter Unternehmenssektor ist Garant für neue Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich daher dazu, im Rahmen des Forschungs- und Innovationsfonds Maßnahmen zu setzen, die es den burgenländischen Betrieben unabhängig ihrer Größe ermöglicht, projektbezogene Forschungs- und Innovationsfördermittel in Anspruch zu nehmen.

Es ist ein Innovationskonzept auf Basis der Maßnahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation anzustreben. Gefordert ist eine Wirtschaftsansiedlungs- und Exportstrategie, die eine Belebung der Exportquote ermöglicht. Die internationale Positionierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland hat dabei eine ganz große Bedeutung.

Meine Damen und Herren! Das Burgenland hat seit 1995 enorm von seinem Förderstatus als Ziel 1-Gebiet und jetzt durch die Umsetzung des Phasing Out-Programms profitiert.

Die Fördergelder der Europäischen Union gemeinsam mit Geldern des Bundes und großen finanziellen Mittel des Landes, haben erheblich zur Modernisierung, zur gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit und erfolgreichen Entwicklung des Burgenlandes in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus und auch Landwirtschaft beigetragen.

Im Jahr 2013 wird die jetzige Förderperiode des Phasing Out auslaufen. Die Burgenländische Landesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um auch künftighin am europäischen Förderprogramm teilhaben zu können, dies im Interesse der einheimischen Wirtschaft, der Sicherung heimischer Arbeitsplätze und einer nachhaltigen Positionierung des Burgenlandes im Herzen des großen Europas.

Gemeinsam die Zukunft gestalten bedeutet hier, dass wir parteiübergreifend die Möglichkeit nutzen, damit das Burgenland in punkto Förderungen auch nach dem Jahr 2013 gute Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben, für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen bietet.

Die Burgenländische Landesregierung wird auch alle notwendigen Maßnahmen setzen, um die Kofinanzierung für das Umweltprogramm und die landwirtschaftlichen EU-Förderungen bereit zu stellen.

Die Positionierung des Burgenlandes als der Gemüsegarten Österreichs, weitere Qualitätsverbesserungen und internationale Positionierung des burgenländischen Weins, die Förderung der Bio-Landwirtschaft wird auch in Zukunft einen großen Stellenwert haben. Die regionalen Produkte sollen auch in Zukunft ein wichtiges Angebot für die Burgenländerinnen und Burgenländer sein, aber natürlich auch für unsere Gäste, die aus dem Ausland zu uns kommen.

Ein wichtiger Bereich ist auch der heimische Tourismus. Die Freizeit- und Tourismuswirtschaft hat sich zu einer bedeutenden Säule der gesamten burgenländischen Wirtschaft entwickelt. Im Jahr 2009 konnten erstmalig in der Geschichte des Burgenlandes 2,9 Millionen Nächtigungen verzeichnet werden.

Damit hat dieser Wirtschaftszweig eine sehr große Bedeutung erlangt. Für den Arbeitsmarkt ist das mit sehr positiven Auswirkungen verbunden. Mit der Verfolgung des Zieles, 3,5 Millionen Nächtigungen in den nächsten Jahren zu erreichen, werden auch ein wichtiger Beschäftigungsmotor und eine Standortgarantie der Betriebe verbunden sein.

Die Internationalisierung des Burgenland Tourismus ist zu forcieren und mit Nachdruck anzustreben. Qualitätssteigerungen in den touristischen Leitbetrieben und den

Klein- und Mittelbetrieben sind sowohl im Bereich der Modernisierung, des Aus- und Neubaus und im Bereich der Qualifikation zu fördern und zu unterstützen.

Die Vernetzung der Schwerpunkte Natur, Kultur, Wellness und Sport ist weiter zu verstärken. Die Marke Burgenland soll weiter gestärkt werden. Das ist nur möglich durch klare Strukturen und durch die Bündelung aller Kräfte.

Was den Burgenländischen Kultursommer betrifft, so haben bereits die Premieren in Güssing, Kobersdorf und Lockenhaus stattgefunden, in der nächsten Woche folgen Mörbisch und St. Margarethen. In Summe werden beim diesjährigen Kultursommer mehr als 700.000 Besucherinnen und Besucher erwartet. Das Burgenland ist damit die größte Open Air-Bühne Österreichs.

Aber nicht nur was die Veranstaltungen im Rahmen des Burgenländischen Kultursommers betrifft: Auch darüber hinaus hat sich das Burgenland zu einem bedeutenden Kulturland entwickelt, die Vielfalt und die Qualität der Kunst und des kulturellen Angebots, sind der Reichtum und ist der Reichtum des Burgenlandes. Genau diese kulturelle Vielfalt müssen wir auch in Zukunft pflegen, denn das schätzen auch die Gäste, die Touristen, die in das Burgenland kommen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Meine Damen und Herren! Der tief greifende Strukturwandel, der durch die Umsetzung der EU-Förderprogramme maßgeblich forciert wurde, die demographische Entwicklung, zunehmende Mobilität und Veränderungen im Freizeitverhalten, der Weg in Richtung moderne Informationsgesellschaft, steigende Rohstoffpreise und damit verbunden die Suche nach alternativen und sicheren Energielösungen - all das sind Faktoren, die eine Anpassung des Landesentwicklungsplanes notwendig machen.

Das neue Leitbild des Landes lautet: Mit der Natur zu neuen Erfolgen. Mit der Natur zu neuen Erfolgen heißt, dass es eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung im Burgenland geben soll. Dass neue Arbeitsplätze im Land entstehen sollen. Dass die wirtschaftliche Entwicklung aber im Einklang mit der Natur erfolgen muss. Das ist eine spannende Herausforderung, die wir aber im Sinne unserer Jugend und der kommenden Generationen auch annehmen müssen.

Der international renommierte Experte in Energie- und Umweltfragen, Alternativ-Nobelpreisträger Hermann Scheer, war vor wenigen Monaten im Burgenland. Er hat auf die Frage, ob wir auf fossile oder erneuerbare Energie setzen sollen, gesagt: „Dies ist derzeit die Grundfrage der gesamten weltwirtschaftlichen und zivilisatorischen Entwicklung, wie wir von den nicht erneuerbaren zu erneuerbaren Ressourcen kommen.“

Hermann Scheer hat in dieser Frage als Alternativ-Nobelpreisträger dezidiert das Burgenland gelobt, dass wir innerhalb Österreichs, aber auch international im Bereich der erneuerbaren Energie eine Vorreiterrolle einnehmen.

Richtige Energiepolitik stellt nicht nur ein Plus für die Umwelt und den Klimaschutz dar, hier ist auch ein enormes Potenzial für die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Umweltschutz schafft Arbeit.

Viele, meine sehr geehrten Damen und Herren, reden von Green Jobs. Wir im Burgenland haben schon vor Jahren damit begonnen, Green Jobs zu schaffen und werden diesen Weg, auf erneuerbare Energie zu setzen, auch in Zukunft mit großer Konsequenz fortsetzen!

Ein wesentlicher Impuls zur Fortentwicklung dieser Energiepolitik ist auch die Forcierung der Windenergie. Das Burgenland arbeitet bereits seit 2002 mit dem Regionalen Rahmenkonzept für Windkraftanlagen. Die neue Windkraftoffensive, die

Ausweitung der Eignungszonen für Windkraftanlagen macht es möglich, dass das Burgenland bis 2013 stromautark wird.

Die Ökologisierung des Energiesystems wird darüber hinaus auch in Zukunft Initiativen für Biomasse, Photovoltaik und Solarenergie vorsehen, aber auch andere Initiativen, wie etwa die Erdwärmegewinnung durch Tiefenbohrungen sollen forciert werden.

Großes Potenzial in einem derartigen Energiesystem haben auch die Förderung der Elektromobilität und die Fortschreibung des bisherigen Weges der thermischen Gebäudesanierung. Als bereits bestehende Institution auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung von Energiekonzepten soll auch das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing, auf wirtschaftlich gesunder Basis, ein wichtiger Partner bleiben.

Die Verwirklichung einer großen Vision, ein stromautarkes Burgenland ist in greifbarer Nähe. Mit großer Konsequenz werden wir für das Ziel eines energieautarken Burgenlandes arbeiten, damit das Burgenland zu einem internationalen Vorreiter wird und diese Vorreiterrolle auch in den nächsten fünf Jahren dieser Legislaturperiode weiter ausbaut. Wir wollen als erstes Land, als erste Region in Österreich, stromautark sein. Wir wollen als erste Region in Europa stromautark werden, das ist ein ganz großes Ziel.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

Meine Damen und Herren! Verkehrswege sind die Lebensadern der Wirtschaft. Verkehrswege sind die Lebensadern unseres Heimatlandes Burgenland. Richtige Verkehrspolitik berücksichtigt den Verkehrsbedarf der Wirtschaft gleichermaßen wie auch die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen, der Bevölkerung, unter Einbeziehung des Umweltschutzes und des Schutzes von Leben und Gesundheit.

Deshalb werden die Investitionen des Bundes und des Landes in Straße und Schiene auf dem erreichten Niveau beschäftigungswirksam fortgesetzt: Die Finalisierung der Umfahrung Oberwart, der Bau der Umfahrung Schützen am Gebirge, der Bau der S 7 sowie die Weiterführung der S 31 im Bezirk Oberpullendorf im Bereich der neuen Trassenführung zwischen Mannersdorf und Oberloisdorf bis zur ungarischen Staatsgrenze, sollen umgesetzt werden.

Ein klares Bekenntnis ist zum öffentlichen Personen- und Personennahverkehr abzugeben. Ein öffentliches Verkehrssystem mit attraktiven regionalen und lokalen Angeboten setzt aber auch voraus, dass eine Effizienzsteigerung und der Abbau von Parallelstrukturen erfolgen sollen.

Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs durch den weiteren Aus- und Neubau von Park & Ride Anlagen, die finanzielle Kooperation mit den Verkehrsverbänden zu Gunsten der burgenländischen Pendler und die geplanten Investitionen durch die Errichtung der Schleife Parndorf und der Schleife Eisenstadt werden den öffentlichen Verkehr stärken und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Verkehrszuwachses und zur Steigerung des Umweltschutzes leisten.

Meine Damen und Herren! Wir können auch im Burgenland stolz auf unser Gesundheits- und Sozialsystem sein. Das burgenländische Gesundheits- und Sozialwesen ist gekennzeichnet von einer hoch stehenden medizinischen Versorgung frei von einer Zweiklassenmedizin und geprägt von einer verlässlichen Pflegeversorgung. Beste Prävention und Versorgung für die Patientinnen und Patienten ist eine zentrale Säule unserer Gesundheitspolitik. Effizienz, Transparenz und Qualität in allen Bereichen sind Garant für die Zukunftsfähigkeit des Gesundheitssystems.

Auf Grund der demografischen Entwicklung wird unser Pflegesystem mit großen Herausforderungen konfrontiert sein. Um daher die Ausgabensteigerung für Land und Gemeinden, die durch die Kostenübernahme der Pflegekosten durch die Sozialhilfe entstehen, zu dämpfen, sollen die nicht stationären Angebote wie Hauskrankenpflege, Seniorentagesbetreuung, 24 Stunden Betreuung sowie betreutes Wohnen, ausgeweitet werden.

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die ambulanten, teilstationären und stationären Dienste ist - so wie auch bisher - regelmäßig zu evaluieren und fort zu schreiben.

Im Bereich der Krankenanstalten bekennt sich die Burgenländische Landesregierung zur Umsetzung der vom Rechnungshof empfohlenen und mit der Ärztekammer Burgenland vereinbarten Maßnahmen.

Was die Anzahl von chirurgischen und konservativen Betten betrifft, werden notwendige und sinnvolle Strukturanpassungen vorgenommen: Durch die Errichtung von zentralen Aufnahmeambulanzen im höchstmöglichen tageszeitlichen Ausmaß in allen burgenländischen Spitälern und durch die Schaffung von interdisziplinären, stationären Strukturen soll ebenfalls ein Schritt Richtung Modernisierung gesetzt werden. Effizienzsteigernde Organisationsmaßnahmen werden umgesetzt.

Die Burgenländische Landesregierung, und das ist besonders wichtig, gibt eine Standortgarantie für die fünf Spitäler im Burgenland ab - unter dem Motto: „Kurze Wege für ein langes Leben!“ *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Wir geben aber nicht nur diese Standortgarantie ab, sondern wir bekennen uns zum Ausbau unserer Schwerpunktkrankenhäuser im Burgenland. Nämlich zu unseren Schwerpunktkrankenhäusern Eisenstadt und Oberwart. Damit und mit Umsetzung der angeführten Strukturanpassungen und qualitätssteigernden Maßnahmen wird die burgenländische Gesundheits- und Pflegeversorgung qualitativ hochwertig erhalten und langfristig gesichert werden.

Meine Damen und Herren! Sicherheit hat für die Burgenländerinnen und Burgenländer einen sehr hohen Stellenwert. Sie wollen sich sicher fühlen, das Burgenland soll in allen Bereichen zu einem Sicherfühliland werden. Sie wollen sicher sein. Damit das erreicht werden kann, sind effektive Sicherheitsstrukturen von ganz großer Bedeutung.

Die Burgenländische Landesregierung bekennt sich zu einer vor allem in personeller Hinsicht entsprechend ausgestatteten Exekutive. Burgenländische Planposten müssen auch im Burgenland besetzt sein. Zwar keine vollwertige aber eine annehmbare Alternative zu fehlenden Besetzungen kann daher nur der Assistenzeinsatz des Bundesheeres sein, der in dieser Konstellation einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit im Burgenland leistet.

Die Realisierung eines bundesweit einheitlichen digitalen Funksystems für die Blaulichtorganisationen im Burgenland ist ein richtiger Schritt zur Vernetzung. Wichtige Säulen der burgenländischen Sicherheitsstrukturen sind auch die Feuerwehren und Rettungsorganisationen. Ihr Einsatz, wie etwa im Katastrophenfall, beruht zum überwiegenden Teil auf Freiwilligkeit und ist gesellschaftspolitisch von unschätzbarem Wert. Freiwilligkeit ist ein Wärmestrom in unserer manchmal kalten Gesellschaft!

Und genau für die Freiwilligen müssen wir auch jetzt und in Zukunft gute Rahmenbedingungen und Voraussetzungen schaffen. Sie opfern viele Stunden ihrer Freizeit und stehen den BurgenländerInnen rund um die Uhr 365 Tage zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Daher bekennt sich die Burgenländische Landesregierung auch weiterhin zu deren Unterstützung und Förderung. Erst vor wenigen Tagen konnte ich hunderten Feuerwehrmännern und -frauen bei den Landesfeuerwehrwettkämpfen für ihr großartiges Engagement danken.

Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gemeinsam die Zukunft gestalten. Das sollten der Grundgedanke und das Leitmotiv für die Arbeit der nächsten fünf Jahre sein. Es gibt ein Regierungsübereinkommen als gutes Fundament für eine Zusammenarbeit auf breiter Basis. Ich lade aber auch alle anderen im Landtag vertretenen Parteien, die Sozialpartner, die Burgenländerinnen und Burgenländer ein: Gehen wir ein Stück des Weges gemeinsam.

Ich habe schon eingangs Victor Hugo zitiert. Victor Hugo sagte auch: „In der Politik gibt es nichts Absolutes, ausgenommen die innere Moralität der Dinge; diese Moralität aber ist die Sache des Gewissens, nicht der Meinung. Der Mensch kann seine Meinung ändern, ohne dadurch seine Ehre zu verletzen, wenn nur sein Gewissen dasselbe bleibt.“

Bemühen wir uns - unterschiedlichen Meinungen und Standpunkten zum Trotz - um Gemeinsamkeiten. Das ist nicht immer leicht. Aber diese Verantwortung haben uns die Burgenländerinnen und Burgenländer mit auf den Weg gegeben. Arbeiten wir gemeinsam für die Zukunft des Burgenlandes und der Menschen in unserem Land.

Es lebe die Republik Österreich!

Es lebe unser Heimatland Burgenland! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Von der Regierungsbank zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Rechtzeitig zu Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode erreicht uns eine interessante Wirtschaftsnachricht. Die Weltwirtschaft wächst kräftig. Für das heurige Jahr werden 4,6 Prozent Plus prognostiziert. Für das nächste Jahr 4,3 Prozent. Der Wermutstropfen.

Wenn man sich die europäische Wirtschaft anschaut, dann schrumpft sie ein wenig. Aber es gibt auch einen besonderen Grund. Der Grund ist der, dass doch viele Länder in Europa sehr verschuldet sind.

Schauen wir auf das Burgenland, so ergibt sich wieder ein ganz anderes Wirtschaftsbild. Nämlich es gibt im Bereich des Tourismus positive Kennzahlen. Wir hatten im Jahr 2009 2,867.000 Nächtigungen. Ein Plus von 1,9 Prozent. Während andere Bundesländer ein Minus verzeichneten, gab es im Burgenland ein Plus.

Auch wenn die Maidaten nicht so gut waren. Wir haben aber von Jänner bis Mai 2010 ebenfalls ein Wachstum von 1,6 Prozent.

Oder schauen wir uns die Exportwirtschaft an. Wir hatten im Jahr 2009 ein Minus zu verzeichnen, gegenüber 2008. Aber es gibt Hoffnung, dass die Exportwirtschaft im Burgenland wieder ordentlich angekurbelt wird.

Positives gibt es vom Arbeitsmarkt zu vermelden. Es gab im Juni 6.005 Arbeitslose, aber einen Rückgang von Minus 10,3 Prozent und fast 94.000 Beschäftigte im Land. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Das ist ein Plus von 1.467 Arbeitsplätze beziehungsweise Plus 1,59 Prozent. Das ist der dritthöchste Zuwachs hinter Tirol und Vorarlberg.

Oder wenn ich noch eine Statistik präsentieren darf. Nämlich die Insolvenzstatistik. Hier erreichte das Burgenland mit einem Rückgang an Insolvenzen den Spitzenwert von Minus 17 Prozent und liegt somit österreichweit an dritter Stelle.

All diese Wirtschaftsdaten zeigen ganz deutlich, dass wir im Burgenland die Wirtschafts- und Finanzkrise viel besser gemeistert haben als andere Bundesländer. Dafür verantwortlich ist neben der Burgenländischen Landesregierung, neben dem Burgenländischen Landtag, die wichtige Weichenstellungen vorgenommen haben, vor allem die Betriebe und die Menschen in diesem Land, die fleißig in den letzten Jahren, Jahrzehnten, für das Burgenland gearbeitet haben und dafür sage ich als Wirtschaftsreferent ein recht herzliches Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Auch wenn die Steuereinnahmen in Form von Ertragsanteilen und Bedarfszuweisungen für unser Land, aber auch für die burgenländischen Gemeinden im heurigen und wahrscheinlich auch im nächsten Jahr einen Rückgang verzeichnen, so darf doch gehofft werden, dass wir in den nächsten Jahren einen Wirtschaftsaufschwung im Burgenland schaffen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir am Beginn einer neuen Gesetzgebungsperiode unsere Kräfte bündeln.

Dass wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen und dass wir das Beste für das Burgenland erreichen.

Ich bekenne mich mit meiner Regierungsmannschaft und mit der Österreichischen Volkspartei zu dieser neuen Form der Zusammenarbeit, weil wir gerade in den nächsten Jahren vor besonderen Herausforderungen im Burgenland stehen.

Ich möchte einige nennen: Der Herr Landeshauptmann hat es schon genannt, dass wir ab dem Jahr 2013 gerade im Europäischen Raum dafür Sorge tragen müssen, dass wir danach die besten Fördermöglichkeiten für das Burgenland haben.

Wir haben bis jetzt aus dem Vollen schöpfen können. Von 1995 bis zum Jahr 2013 haben wir in Summe insgesamt zwei Milliarden Euro an Fördergelder, seitens Brüssel, seitens des Bundes und mit der Kofinanzierung des Landes.

Wir werden es auch schaffen, dass wir nach dem Phasing Out, also nach 2013, für das Burgenland das bestmögliche an Förderungen herausholen.

Es ist auch wichtig, dass wir im Bereich der Innovation, der Forschungen und Entwicklungen einen Schwerpunkt setzen. Nicht nur in Richtung der Leitbetriebe, die wir aufgebaut haben, sondern auch in Richtung der Klein- und Mittelbetriebe.

Daher werden wir Initiativen setzen, damit auch Klein- und Mittelbetriebe Zugang zu diesen Fördergeldern erhalten.

Der dritte Punkt im Wirtschaftsbereich ist mir wichtig. Nämlich, dass wir die Exportwirtschaft in den nächsten Jahren kräftig ankurbeln können. Denn nur wenn das gelingt, können wir auch Wirtschaftswachstum im Burgenland gewährleisten.

Im Tourismus, und das wurde bereits betont, ist es uns wichtig, dass wir hier den Tourismus internationalisieren, dass wir das Marketing dementsprechend bündeln und ausrichten. Am Arbeitsmarkt, wo wir gute Daten zu verzeichnen haben, ist es mir aber auch wichtig, dass wir der Jugend im Burgenland eine Chance geben.

Es gibt diese Ausbildungsgarantie seitens der Burgenländischen Landesregierung.

Jetzt müssen wir neue Projekte gemeinsam mit dem AMS entwickeln, damit wir ebenfalls den Jugendlichen ab 19 Jahren eine Möglichkeit geben, im Burgenland eine Beschäftigung zu bekommen.

Ich glaube, das ist ein ehrgeiziges Ziel. Gemeinsam werden wir das auch erreichen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Eine weitere Herausforderung ist die demographische Entwicklung in unserem Land. Es ist eine besondere Herausforderung für den Gesundheits- und für den Sozialbereich.

Laut WIFO-Prognosen wird sich die Anzahl der Pflegegeldbezieher bis 2030 um 60 Prozent erhöhen. Daher ist es wichtig, dass wir neben den Pflegeheimen die mobilen Dienste ausbauen, weitere ortsnahe Wohn- und Betreuungseinrichtungen schaffen und Wohnformen mit Betreuungsangeboten weiterentwickeln.

Es ist wichtig, dass wir, was ein Markenzeichen des Burgenlandes geworden ist, nämlich das Ehrenamt forcieren und die Nachbarschaftshilfe in diesem Land unterstützen.

Für mich und für uns ist ein zentrales Thema die Energie und die Klimapolitik. Wir wollen stromautark werden, das wurde schon betont, bis zum Jahr 2013.

Daher ist es wichtig, dass wir zum Beispiel auch in Richtung Forschung und Entwicklung investieren. Dass wir das Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing stärken. Dass wir in Richtung Energieeffizienz Signale setzen und dass wir auch in Richtung Elektromobilität versuchen, hier deutlich uns zu positionieren.

Ich meine, wir haben als kleines Bundesland, als Burgenland, eine Riesenchance innerhalb Europas, in diesen Bereichen eine Herzeigeregion zu werden.

Dafür werden wir auch gemeinsam arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Grundlage sind natürlich die Budgets der nächsten fünf Jahre. Sie sollen über den Fünf-Jahresbereich ausgeglichen sein.

Das bedeutet, wir werden ein zweijähriges Budget erstellen. Budgetklausuren abhalten. Einen Kassasturz vornehmen. Die notwendigen Schritte in Richtung Verwaltungsreform einleiten und Strukturbereinigungen vornehmen.

Es ist wichtig, dass wir signalisieren, dass wir das Trennende hintanstellen, dass wir das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Das soll auch diese neue Ära der Gesetzgebungsperiode markieren.

Nämlich offene Gespräche zwischen den Parteien, wo wir versuchen, gemeinsam ein Arbeitsprogramm auf Punkt und Beistrich umzusetzen.

Aber diese Tatsache wäre nichts Neues. Arbeitsprogramme hat es in den letzten Perioden immer wieder gegeben.

Aber ich glaube, dass dieser Regierungsvereinbarung, wie sie jetzt vorliegt, ein neuer Geist zu Grunde liegt. Ein Geist, der nicht nur vom klaren Willen zur Zusammenarbeit getragen ist, sondern ein Geist, der auch aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre gewachsen ist.

Wir wissen aus Umfragen, dass gerade im Burgenland die Bevölkerung diese Zusammenarbeit aller positiven Kräfte haben möchte. Konflikte und Dauerstreitigkeiten sind Hemmschuhe in der positiven Entwicklung des Burgenlandes. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Daher wollen wir einen neuen Weg beschreiten, wo wir versuchen, dieses Regierungsübereinkommen auch umzusetzen. Dies wurde ebenfalls betont, denn hier geht es nicht darum, dass wir jetzt einen neuen Kuschelkurs aufbauen, den wird es auch nicht geben, sondern, es geht darum, dass wir auf einer sachlichen Ebene sinnvoll zusammenarbeiten. Denn, auf Dauer ist auch mangelnde Distanz schlecht für eine gute Beziehung.

Was es geben wird, ist aber ein Klima des Miteinanderarbeitens. In der Landwirtschaft, wenn ich ein Beispiel hernehmen darf, ist es ebenfalls so. Man kann eine gute Ernte nur dann einfahren, wenn es Sonne und Regen gibt.

Daher wollen wir uns bemühen, dieses Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und lösungsorientiert arbeiten. Die Diskussionen müssen in den nächsten Jahren von Fairness, von Sachlichkeit und von Kompromissbereitschaft geprägt werden. Es muss am Ende jeder Diskussion eine Lösung geben, mit der alle Parteien beziehungsweise beide Regierungsparteien leben können.

Ich schließe mit einem Spruch von Kennedy, der einmal gesagt hat: „Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können. Wenn wir aber eins sind, gibt es wenig, was wir nicht können.“

In diesem Sinne: Gehen wir an die Arbeit zum Wohle der Menschen in diesem Land! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als erstem Redner aus dem Plenum erteile ich Herrn Abgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nach ein paar Jahren der Abstinenz von diesem Haus ist es sehr interessant geworden. Heute früh habe ich in den Nachrichten gehört, dass es das Hotel „Meiers Kuschelecke“ gibt. Anscheinend hat der Hansi mit dem Franzi dort einige Tage verbracht. Das ist wirklich wunderbar. Dafür bekommt diese Kuschelecke auch dementsprechende Förderungen, nehme ich an. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Bevor ich aber auf die Regierungserklärung eingehe, bei der eigentlich nur frische Luft, *(Abg. Robert Hergovich: Frische Luft ist doch nicht so schlecht.)* und nicht einmal das, gesagt und konkret auf keinen Punkt eingegangen wurde, wie wir das alles lösen könnten, möchte ich zuerst einmal ein paar Monate zurückdenken und schauen, wie tief die Messer und Hacken geflogen sind. Da ist man doch unter die Gürtellinie gegangen.

Interessanterweise geht man jetzt Hand in Hand durch die Gänge im Landhaus und es ist alles eitel Wonne. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann es nicht sein und das wird es auch nicht sein. Alle, die jetzt in der Regierung hier sitzen, sind schon fünf Jahre und länger gemeinsam hier gesessen. Was ist in den letzten Jahren passiert?

(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist falsch! - Landesrat Ing. Werner Falb-Meixner: Aber nicht alle! - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten) Du hast gewechselt, weil Du in Zurndorf den Bürgermeister abgegeben und Dich da hereingesetzt hast. Das ist auch kein Problem, Werner. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was soll das?)*

Herr Kollege Strommer! Du kommst ohnehin zu Wort! Das ist wirklich kein Problem. Wenn vor der Wahl SPÖ und ÖVP von den Medien getragen werden und die Liste Burgenland nicht einmal eine Möglichkeit gehabt hat, bei einem runden Tisch dabei zu sein, dann frage ich mich: In welchem Land lebe ich eigentlich? *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Jetzt sehe ich wieder die gleichen Gesichter auf der Regierungsbank. Jetzt ist alles eitel Wonne, Herr Kollege. Sie wissen, wir haben oft miteinander gesprochen und haben gesagt: Mit dem tun wir nichts mehr! Das ist wirklich eine Katastrophe, was da passiert, das ist doch verrückt, und jetzt?

Lieber Franz! Lieber Hans! Jetzt ist alles wunderbar! *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage Euch nur eines: Wir, als Liste Burgenland, auch wenn wir hier nur mit einer Person alleine vertreten sind, *(Abg. Christian Illedits: Du bist doch auch früher hier mit dem Tschürtz gesessen.)* werden stärker werden, da könnt Ihr Euch darauf verlassen, denn das ist erst der erste Schritt.

Herr Kollege Illedits! Ich weiß, dass Sie ein bisschen frustriert sind. *(Abg. Christian Illedits: Warum sollt ich frustriert sein?)* Ich weiß auch warum, denn es ist wirklich logisch und ich bin auch froh, dass diese absolute Allmacht gebrochen wurde.

Das muss ich offen und ehrlich gestehen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Aber, ich hätte mir nicht gedacht, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter nicht einmal Landeshauptmann werden will. Der weigert sich eigentlich, denn vielleicht hätten wir sogar eine Chance gehabt, in diesem Land gemeinsam etwas zu tun.

Aber, das ist egal, denn, wichtig ist, dass er wieder Landeshauptmann-Stellvertreter ist, dass die Proporzgeschichten weiter laufen, dass die Posten wieder weiter besetzt werden und dergleichen mehr. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wo?)*

So geht das wieder die nächsten Wochen, Monate und Jahre hindurch. Grundsätzlich glaube ich das allerdings nicht, denn in einem Jahr oder in zwei Jahren wird die Welt eine andere sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Denn wenn ich mir diese Übereinkommenssache mit dem Titel „Gemeinsam die Zukunft gestalten“ anschau, dann frage ich mich, warum man das nicht schon längst gemacht hat?

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, dass er schon drei Perioden da ist. Er hat sich immer bemüht. Wenn man dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter jetzt zugehört hat, wie super jetzt alles läuft, *(Abg. Ilse Benkö: Wenn es hält?)* dann hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass die Absolute geblieben wäre, wenn ohnehin alles so schön gelaufen ist und jetzt die positiven Zahlen da sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter ist auf einmal vom Saulus zum Paulus geworden. Wunderbar! Aber, das kann es doch sein. Man kann auch vernünftiger werden, und dergleichen mehr.

Wenn man sich aber anschaut, welche Kosten in diesem Wahlkampf mit öffentlichen Geldern entstanden sind, wo die Liste Burgenland alles selbst bezahlt hat,

dann möchte ich dazu nur Folgendes sagen: *(Abg. Ilse Benkö: Na, ja! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist so! Das können Sie überprüfen! Wenn ich jetzt überprüfen sage, dann wird das auch unsere Aufgabe hier im Land sein, nämlich zu überprüfen. Nicht nur in den Verbänden, sondern auch hier im Land zu schauen, was sich da so tut.

Herr Landeshauptmann! Ich würde empfehlen, wenn man Geld braucht, es sich vielleicht von den Verbänden zu holen, weil die haben dort Rücklagen Länge mal Breite. Dort wird mit ein Prozent Zinsen veranlagt.

Da frage ich mich: In welcher Wirtschaft leben wir eigentlich? Da sollten wir die Wirtschaft ankurbeln. Sie haben das richtig gesagt, Herr Landeshauptmann, denn Sie wollen das tun.

Ich hoffe und ich bleibe darauf, und ich werde den Finger dorthin auf diese Wunden legen, denn in den Verbänden liegt wirklich viel Geld. Das sollte man sich anschauen. Das werden wir auch gemeinsam lösen.

Ich habe auch gesagt, dass ich hier nicht reine Oppositionspolitik betreiben, sondern dass ich mitarbeiten will. Wenn ich jetzt auf diese Regierungserklärung eingehe, dann komme ich zu einigen Punkten, wo wir gemeinsam eine Lösung finden können. Ich hoffe, dass das auch so angenommen wird. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich denke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass KMUs in Zukunft Fördergelder haben können, dann frage ich mich: Was hat man denn in der Vergangenheit mit den KMUs gemacht? Ich höre schon seit 15 oder 20 Jahren, dass man Klein- und Mittelbetriebe unterstützen will.

Was hat man denn bis jetzt gemacht? Jetzt erfahre ich, dass sie einen Zugang zu den Fördergeldern haben, weil 2013 die Förderungen sowieso alle auslaufen. Das ist eine wirklich sehr interessante Sache.

Aber, ich werde natürlich auch da dabei sein und diese Sache unterstützen. Wenn das wirklich so sein sollte, dann bin ich gerne dazu bereit. Nur sollte man wirklich ehrlich damit umgehen und nicht dort bei diesen Betrieben auch eine Parteibuchwirtschaft in Rot und Schwarz betreiben, sondern wirklich die Wirtschaft betreiben und dieses Einsetzen für die Wirtschaft in diesem Land auch unterstützen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube auch, dass es wichtig ist, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Du hast es richtig gesagt, dass man versucht, und ich glaube, das ist auch notwendig, Rot-Gold in den Vordergrund zu stellen. Da frage ich mich doch, Rot ist doch ohnehin SPÖ, aber Gold? Ich habe gar nicht gewusst, dass die ÖVP Gold ist. Die ist ja normalerweise Schwarz. Aber gut, soll so sein. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! In der Präambel ist es so schön beschrieben. Unser Burgenland hat in den verschiedensten Situationen bewiesen, dass es ein Land mit dem Mut zu Veränderungen hat. Gott sei Dank haben sie so gewählt, dass die Absolute weg ist.

Gott sei Dank haben sie den Mut gehabt und haben so gewählt. Da steht: Die SPÖ Burgenland und die ÖVP Burgenland schließen gegenständliches Regierungsübereinkommen, welches dieser Herausforderung gewachsen sein wird und nach Überwinden der Talsohle der Finanzkrise den richtigen Weg fortsetzen wird.

Ja klar, das ist mir schon wichtig. Da wieder ein bisschen Besetzungen, ein Roter, ein Schwarzer, ein Roter, ein Schwarzer. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann, von Einsparungen gesprochen haben, dann bin ich total bei Ihnen, Herr Landeshauptmann. Weil, wir könnten dort nicht zwei Direktoren haben, sondern einen vernünftigen, der etwas davon versteht.

Ich habe auch kein Problem mit der BEWAG. Wenn der Lukits Hans das gut führt, dann soll er das alleine führen. Ich habe auch kein Problem mit der BEGAS, ich habe auch kein Problem bei den Müllverbänden, ich habe auch kein Problem in den ganzen Abwasserverbänden, et cetera. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dort muss umstrukturiert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es wird unser Ziel sein, das gemeinsam auszuarbeiten.

Das wissen Sie, Herr Landeshauptmann. Sie sind auf dem richtigen Weg, glauben Sie mir das, denn ich sage Ihnen das. Sie haben schon angedeutet, dass man auch in den Gemeinden einmal nachdenken sollte, denn wir brauchen keine Oberamtsräte und Amtsräte, die Beamte sind, die sich dann nach zehn Jahren zurücklehnen und sagen: Hinter mir die Sintflut, und die Gemeinden haben zu arbeiten, und er kriegt auf ewig, wenn er keinen goldenen Löffel stiehlt, seinen Job.

Da hat der Herr Landeshauptmann ein richtiges Signal gesetzt. Ich hoffe, dass er auch sein Wort hält. Denn ich sage einmal: Vor der Wahl muss auch nach der Wahl sein!

Wenn ich nur an das Zukunftspaket und an die Forcierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland, der Klein- und Mittelbetriebe, denke. Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch an die Leitbetriebe. Das ist genau das, wo ich mir denke: Warum schreibe ich das überhaupt hinein? Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Nur sollte man bei diesen Fördergeldern, die man sich aus dem Topf kofinanziert hat, auch schauen, welche Betriebe man tatsächlich fördern sollte.

Schaut man sich die Gemeinden einmal genauer an, dann stellt man fest, dass von den 171 Gemeinden, die es gibt, 150 keine Luft zu atmen mehr haben. Beispielsweise Heiligenkreuz, Großpetersdorf oder Oberwart, mit Bürgermeister Pongracz an der Spitze.

Ich weiß nicht, wie es dort weitergeht, aber da wird, so hoffe ich, jetzt demnächst ein Bericht kommen. Es ist schwer in den Gemeinden zu arbeiten, denn eines muss klar sein, und das hat der Herr Landeshauptmann auch richtig erkannt: Die Gemeinden sind Wirtschaftsfaktoren, die Geld investieren und auch wieder Geld hereinbringen.

Aber, wenn ich immer vom Gratiskindergarten höre, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muss ich Ihnen sagen: Es gibt keinen Gratiskindergarten! Alleine in Deutschkreutz zahle ich 280.000 Euro zum Kindergarten dazu. Ihr nennt es Gratiskindergarten, aber das ist ein reiner Zuschuss des Landes und sonst schon gar nichts, sehr geehrte Frau Landesrätin. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Du hast es halt nicht verstanden!)*

Das muss man auch ganz klar sagen. Herr Kollege Illedits! Du wirst sicher dann darauf antworten, aber das ist wirklich kein Problem.

Das nächste ist, wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter gesagt hat, dass es toll ist, wie viele Arbeitsplätze man geschaffen hat. Welche Arbeitsplätze hat man denn wirklich geschaffen? Billigstlohn-Arbeitsplätze hat man geschaffen, 20-Stunden-Arbeitsplätze hat man geschaffen!

Dort haben wir das Problem. Herr Landeshauptmann! Höre zu! Vor 15 Jahren haben wir mit genau derselben Debatte angefangen. Die so genannte Pendler-Rückholaktion wurde ganz groß hingeschrieben. Diese Pendler-Rückholaktion ist super, denn wir hatten 34.000 und jetzt haben wir, so lese ich, 45.000 Pendler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da müssen wir etwas unternehmen, da müssen wir uns gemeinsam anstrengen. Daher habe ich gesagt, dass ich beim „Gemeinsam die Zukunft gestalten“ gerne dabei bin, aber auch mit fairen Mitteln gegenüber den anderen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Arbeitsmarkt, Jugendbeschäftigungspaket und Ausbildungsgarantie hören sich gut an. Nur, was hat denn der Mechaniker in der Straßenverwaltung nach drei oder vier Jahren für Perspektiven, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Was tut er denn dann? In welche Werkstatt kann er dann gehen? In der Straßenverwaltung hat er doch nichts mit Technik zu tun, denn dort darf er die Reifen schlichten oder etwas mit dem Kärcher reinigen. Schluss! Aus! Das ist die ganze Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Da müssen wir umdenken. Genau das sind die Dinge, die ich gerne unterstützen werde, nämlich, dass man sich dort auch wirtschaftlich einbringt. Herr Lentsch Kurt! Du bist auch von der Wirtschaft. Wir werden uns hier ein bisschen etwas überlegen, weil Du gerade mit Deinem Handy dort spielst. Vielleicht geht das. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Frauenbeschäftigungsquote ist auch eine interessante Sache. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Wie ein Lehrer!)* Du bist doch Lehrer, Herr Gradwohl. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Oberlehrer!)* Das wissen wir. Leider sind zu viele Lehrer hier und zu wenige Leute von der Wirtschaft, das muss man auch dazu sagen. Ich habe zwar nichts gegen Lehrer, aber ein bisschen ein anderer Mix würde hier hierher gehören. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben flexible Arbeitsplätze geschaffen, das ist schon richtig, und Arbeitsplätze sind wichtig. Was machen wir? Leider Gottes haben wir den öffentlichen Verkehr nicht mit einbezogen, Herr Kollege Radakovits.

Es ist doch leider so, dass in der Therme Lutzmannsburg die erste Dame um neun Uhr und die nächste um zwei Uhr anfangen muss. Nur öffentliche Verkehrsmittel haben wir nicht dafür.

Das wäre aber die Aufgabe, dass wir auch das lösen und wir werden das gemeinsam lösen. Der Verkehrskordinator hat sich leider schon verabschiedet, denn das hätte ich mit ihm auch einmal gerne besprochen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es ist auch interessant, wenn man von Zukunftstechnologie spricht. Seit Jahren wird über Zukunftstechnologie gepredigt. Nur, wo ist die Zukunftstechnologie? In den Technologiezentren? Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Schauen Sie doch einmal, wer dort in den Technologiezentren, in den Glaskästen, die im Sommer nicht zu kühlen und im Winter nur schwer zu heizen und schon gar nicht zu verkaufen sind, sitzt. Aber anscheinend ist das alles in Ordnung. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Diese Rede hast Du vor fünf Jahren auch schon gehalten! – Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Selbstverständlich, genau Herr Kollege, aber jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Gradwohl, denn das ist nichts anderes, als was da steht. Das hätte man schon vor 15 Jahren machen können, nichts anderes, und jetzt macht man das auf einmal?

Weißt Du, die Botschaft habe ich sehr wohl vernommen, nur, es fehlt mir der Glaube, dass man das so umsetzen kann. Aber, vielleicht können wir es wirklich gemeinsam schaffen.

Die WiBAG, die wird so hoch gelobt und die ist so gut und so schön. Dort sitzen gemäß dem Proporz auch ein Roter und ein Schwarzer und wenn man hinkommt, muss man sagen: Hallo! Ich bin aber ein Weißer, oder irgendetwas anderes! Darf ich überhaupt hineingehen? *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Na ja, mit der Förderung müssen wir aufpassen. Da gibt es ein Beispiel, das ich gestern bei einem Wirtschaftstreibenden miterleben musste. Der wartet auf seine Förderung schon was weiß ich wie lange, weil Euch in der WiBAG ein kleiner Fehler passiert ist. Kann auch sein, aber, dann muss man schauen, dass man auch das löst.

Ich komme nun zur Landwirtschaft, lieber Herr Kollege. Wenn ich mir das anschau, was da in den letzten Jahren passiert ist. 20 Prozent wieder weniger in der Börse!

Es wird immer weniger, trotz EU-Förderung.

Aber, da kassieren auch nur die Großen. Die SPÖ, Herr Kollege Illedits, das weißt Du, hat das schon hundertmal aufgezeigt oder wollte es aufzeigen. Ist aber egal. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

So ist es. Ich mache in diese Richtung einen Vorschlag: Warten wir nicht bis 2013, bis alles ausgelaufen ist. Wir reden immer von Bio. Wir können alleine im Seewinkel, Herr Landeshauptmann, die Aggregate mit Biodiesel bestücken. Machen wir doch das.

Umweltfreundlich. Die Biobauern stärken wir damit und so fort. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Wobei?)* Wann? Ich stehe da, ich höre und sehe nichts. Ich lese immer in der Zeitung: Schon wieder wurde Diesel, dort, im Seewinkel, beim Herrn Landeshauptmann gestohlen. *(Allgemeine Unruhe)*

Also, da frage ich mich schon, denn *(Abg. Kurt Lentsch: Biodiesel!)* das ist kein Biodiesel, aufpassen. Die sind auch nicht blöd, die stehlen keinen Biodiesel, weil sie kein Aggregat haben, Herr Kollege Lentsch! *(Heiterkeit bei einigen Abgeordneten)*

Genau, Sie müssen auf das ... *(Allgemeine Unruhe – Der Präsident gibt das Glockenzeichen)*

Herr Präsident! Alles in Ordnung.

Wenn ich mir denke, mit der Natur, dann haben wir es da auch ein bisschen, denn wenn man den letzten Bericht gelesen hat, dann sieht es mit der Natur im Burgenland aber auch nicht sehr rosig aus.

Da rühmt man sich immer mit dem Burgenländischen Müllverband, dass das alles so floriert. Ist schon in Ordnung. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das floriert, Frau Kollegin. Nur brauche ich dort auch nicht zwei Obmänner und drei Geschäftsführer. Auch dort könnte man einsparen. Sie wissen das. *(Abg. Ingrid Salamon: Falscher Ort!)*

Entschuldigung, wir sind im Land. *(Abg. Ingrid Salamon: Ja! Ja!)*

Da müssen wir das vertreten. Das habe ich jahrelang schon vertreten. Wenn ich dann zurückkomme zur Dorferneuerung, Frau Kollegin Dunst, dann ist das gut und freut mich, aber der Aufwand ist viel zu groß. Dort sollte man sich auch ein bisschen etwas anderes einfallen lassen. Prozessbegleiter, noch einen Architekten, noch einen, der alles umsetzt, das kostet alles viel zu viel Geld. Das könnten wir effizienter gestalten. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich will das nur einmal auf dem Weg mitgeben. Sehr geehrte Frau Landesrat! Energiepolitik ist ein interessantes Beispiel, worüber ich mich immer freue. Wenn Rot und Schwarz in Deutschkreutz dagegen gestimmt haben, wie ich die Windräder gebaut habe, wie ich Solar gefördert habe. Das stimmt, SPÖ und ÖVP waren immer dagegen.

Ich frage mich: Was ist da für ein Unterschied im Land oder in einer Gemeinde? Nur weil der dort Kölly heißt und etwas weiterbringt, müssen wir dagegen sein? Könnten wir nicht hergehen und gemeinsam eine gute Lösung finden?

Der Herr Landeshauptmann hat den richtigen Ansatz gebracht. Auch hier werde ich mich dafür einsetzen und mich auch dementsprechend einbringen. *(Der Abgeordnete Mag. Werner Gradwohl steht vor der Regierungsbank und unterhält sich mit Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.)*

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werner Gradwohl! Wenn es Dich nicht interessiert, dann seid mir bitte nicht böse, aber so geht das nicht! *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Herr Präsident, ich würde bitten, dass ...

Präsident Gerhard Steier: Herr Abgeordneter Gradwohl! Ich würde Sie ersuchen, Ihren Platz einzunehmen.

Danke!

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL) (fortsetzend): Werner, setze Dich bitte nieder! *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Na, soweit kommt es noch!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Energiepolitik ist toll. Die Gemeinde Deutschkreutz kauft Elektrofahrräder an. Was gibt es dabei für eine Förderung? Dann bekomme ich ein Schreiben, dass mit der Förderung nur Private gefördert werden dürfen.

Machen wir uns darüber einmal Gedanken. Warum können keine Kommunen gefördert werden, die für die Gäste, für den Tourismus, Räder zur Verfügung stellen, Frau Landesrätin?

Oder, überhaupt, weil ich gerade beim Tourismus bin, denn das ist auch sehr interessant. Da teilt man das schöne Land in zwei Tourismusgebiete und in der Mitte vergisst man eigentlich darauf, dass das ein wunderschönes Land ist.

Erst gestern haben wir ein Rotweinfestival eröffnet. Es waren zigtausende Leute dort und wunderschön war es.

Der Herr Landesrat hat es auf den Punkt gebracht. Ich denke, er hat damit vollkommen Recht, dass man da etwas unternehmen muss. Da würde ich auch bitten, Herr Landesrat, dass Du mich auch unterstützt. Meine Unterstützung hast Du in dieser Richtung, nämlich, dass man dort schaut, dass man das wieder auf den richtigen Weg bringt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich dann bei der Verkehrspolitik angelangt bin, dann wird es sehr interessant. Da steht man seit 15 Jahren dazu, dass die S31 verlängert wird. Damals war ich

Abgeordneter. Vor 15 Jahren sind wir in Mannersdorf gesessen. Da hat es geheißen: Nächstes Jahr gehen wir es an! Die ASFINAG ist damit schon fix und fertig. Wir machen es schon.

15 Jahre sind vergangen, und nichts ist passiert. Ich sage Euch eines: Vernünftiger wäre es, die B50 nach Oberwart auszubauen. Das wäre weit günstiger und wir hätten wahrscheinlich einen Anschluss. Nicht so, wie auf der S31 in Ungarn, denn da stehen wir an, da müssen wir umdrehen und wieder zurückfahren, weil es eine Sackgasse ist. Da haben wir dann den doppelten Verkehr, falls Ihr das mitbekommt. Ist so, logischerweise. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich dort nicht weiterkomme, drehe ich um und habe wieder ein Problem damit. Ich glaube, eines zum Verkehr sagen zu müssen. Ein typisches Beispiel ist in Deutschkreutz. Deutschkreutz Elektrifizierung - Horitschon - Deutschkreutz. Fünf Personen fahren tagtäglich hin und her. Wissen Sie was, die trage ich mit der Sänfte herunter. Gebt mir das Geld bitte, da habe ich überhaupt kein Problem damit. Was das kostet. Auch dort kann man Einsparungsmaßnahmen treffen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Machen wir uns Gedanken über das Ganze, machen wir eine Park-and-ride-Anlage. Es steht sowieso da, dass man das forcieren will. Machen wir das. Noch etwas. Seit Jahren setze ich mich für die Pendler ein, auch dass das Service von der ÖBB, aber auch von der Raab-Ödenburger passt. Was geschieht? Gestern gab es wieder eine Horrormeldung. Eine halbe Stunde ist man in Sopron wieder gestanden. Vorgestern ist man eine dreiviertel Stunde gestanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Pendler sind gestraft genug, wenn sie vier Stunden mit dem Zug zu ihrem Arbeitsplatz nach Wien oder nach Wiener Neustadt fahren müssen. Ich denke, da sollten wir etwas unternehmen. Auch dabei stimme ich mit dem Herrn Landeshauptmann überein, wenn er sagt:

Wenn dort nicht bald etwas passiert, werden die Zahlungen des Landes eingestellt.

Ich denke auch, dass die Schleife Ebenfurth und auch andere Möglichkeiten geschaffen werden müssen. Ihr habt doch die Infrastrukturministerin an Eurer Hand, Ihr könnt sie doch nehmen und ihr zeigen, wie schwierig es ist. Wie ich damals bei der FPÖ war, das muss ich auch dazu sagen, haben wir auch eine Infrastrukturministerin gehabt. Da hat es geheißen, mit der können wir ohnehin gut. Passt ohnehin, wird alles erledigt.

Zehn Jahre sind wieder vorbei, nichts ist geschehen. Ich glaube, daher sollten wir da wirklich den gemeinsamen Weg gehen. Ich habe kein Problem damit, dass ich mich mit der Frau Infrastrukturministerin auf den Weg mache und schaue, wo diese Stellen sind, die man beheben kann. *(Abg. Ilse Benkö: Rufe sie doch an!)*

Die Gesundheitspolitik, Herr Landesrat, ist in Ordnung. Da kann ich nur beipflichten. Nur, Herr Landesrat, wer bezahlt das denn alles? Da sitzen sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. *(Abg. Ilse Benkö: Sehr viele!)* Wenn ich mir unsere Budgets anschau, dann klafft da auf einmal so ein großes Loch.

40 Prozent wieder mehr an Sozialleistungen an das Land. Wieder in die Höhe, wieder in die Höhe. *(Landesrat Helmut Bieler: An die Menschen!)* Selbstverständlich, denn das Land sind die Menschen, oder? Sei mir bitte nicht böse, Herr Kollege, aber das ist so. Aber, höchstens bei Euch ist es anders. Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt, und nicht etwas anderes. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Genau das sind die Dinge, die wir uns überlegen müssen. Wie lange hält das eine Gemeinde aus? Was mir da überhaupt besonders auffällt, in dieser gemeinsam gestalteten Regierungserklärung: Wo bleiben die Gemeinden tatsächlich?

Wie kann man das wirklich lösen? Wie kann man das lösen, dass es den Gemeinden wieder so geht, wie vor zehn oder 15 Jahren, wo sie wirklich Wirtschaftsmotor gewesen sind und wo sie etwas weitergebracht haben?

Dann glaube ich, es wäre wichtig, dass wir auch hergehen, und das wird das Entscheidende sein, und auch gegen Wien einmal ein Wort erheben. Mit dieser Hauptwohnsitzsache Wien müssen sich alle wegen dem Parkpickerl, wegen diesen Wohnungen, melden. Das ist ja wirklich interessant. Hat man sich da vor 20 oder 15 Jahren über den Tisch ziehen lassen? (*Abg. Ilse Benkö: Rede doch mit dem Häupl!*)

In Wien zählt die Person drei gegenüber dem Burgenland. Ich glaube, da sollten wir den Hebel ansetzen, der Zweitwohnsitz. Ich weiß wovon ich als Bürgermeister rede und wie schwierig es ist. Die Infrastruktur müssen wir erhalten und das Geld bekommt der Herr Häupl in Wien. Dort sollte man sich einmal dementsprechend einsetzen.

Wenn Sie von der Bildung und von der Gemeinde reden: Die Gemeinde ist Schulerhalter. Ich hoffe, dass es in allen Gemeinden so ist. Wenn dort Direktoren ausgeschrieben werden, dürfen wir Schulerhalter nicht einmal „Grüß Gott“ sagen.

Die werden nämlich bestimmt. Das wissen wir schon im Vorhinein, denn da gibt es gar kein Hearing. Es wird schon eines geben, aber da wissen wir schon im Vorfeld, das ist jetzt der, und dort sitzt ein Roter, und dort kommt ein Schwarzer.

So ist es auch bei den Posten, wenn wir bei der Sicherheit sind. Da wird ein Posten auf einmal schwarz umgefärbt, weil wir die Innenministerin haben, die schwarz ist. Was sollen wir machen? Ich denke, da sollten wir auch alle fair behandeln und uns einiges einfallen lassen.

Ich glaube auch, dass es entscheidend sein wird, in der Politik zu sparen, denn das wäre auch einmal wichtig. Das habe ich heute hier noch gar nicht gehört. Sollten wir nicht eigentlich bei uns anfangen zu sparen?

Ich hoffe, dass der Herr Landeshauptmann zu dem steht, was er gesagt hat. Er hat gesagt, er wird schauen, dass wir das schaffen können. Es gibt keine Erhöhung, aber mit einer Erhöhung alleine ist es auch nicht getan, denn wir müssen ja wo anders den Hebel auch noch ansetzen.

Ich denke, hier ist es genauso. Man hat im Vorfeld davon geredet, den Proporz abzuschaffen. In der Regierungserklärung habe ich nichts davon gehört. Nicht einmal irgendetwas habe ich davon gehört.

Dann noch zur Verkleinerung der Regierung: Der Herr Landeshauptmann war dafür, der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter war dafür. Nichts ist geschehen! Das wird auch so weiter gehen. Daher glaube ich, dass sich nichts ändern wird, denn nicht einmal die Gesichter haben sich geändert. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Was soll man dazu noch sagen? Effizienter arbeiten und die Baudirektion zusammenlegen ist schon in Ordnung. Bei der ÖVP frage ich mich aber schon schön langsam: Vorher haben wir ihnen alles weggenommen. Warum seid Ihr jetzt auf einmal wieder so eng in diesem Bett zusammen?

Da habt Ihr Euch aufgeregt, dass das ein Wahnsinn ist. Das lassen wir uns nicht gefallen und hin und her. Jetzt ist auf einmal alles in Ordnung. Die Baudirektion wird so

weiter geführt. Ich bin dafür, denn da habe ich kein Problem damit, dort kann man einsparen, das ist richtig. Der Herr Godowitsch macht seine Sache sehr gut, will ich dazu nur sagen.

Aber, ich glaube auch, dass im Landesschulbereich einiges zu tun ist. Wer braucht denn die Bezirksschulinspektoren, die alle herumlaufen? Keiner kennt sich aus, wofür sie eigentlich zuständig sind? Ich verstehe das gar nicht. Was tut sich da? Dort hätte man schon längst Sparmaßnahmen treffend einsetzen müssen.

Wenn ich dann auch noch die Worte effiziente und nachhaltige Budgetpolitik höre. Der Herr Landesrat Bieler stellt sich an, das siebente ausgeglichene Budget zu präsentieren. Na, sei mir nicht böse, ein ausgeglichenes Budget machen alle.

Aber, im Rucksack hinten, was wir im Nachtrag haben, da sagt keiner etwas dazu. Aber genau dort werden wir unsere Hand darauf legen und schauen, dass das eigentlich nicht passiert.

Das Land muss interessanterweise Geld haben, wie Mist. Weil, wenn ich auf 50 Millionen Euro verzichte, von der Bank Burgenland, na dann frage ich mich überhaupt: Wie gut geht es unserem Land eigentlich?

Das ist sehr interessant. Auf 50 Millionen Euro verzichten wir vom Land her, von der Bank Burgenland. Schön. Wenn wir es uns leisten können, dann machen wir es eben. *(Abg. Christian Illredits: Richtig abgegangen ist er mir! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich sage, das ist fahrlässig! Ich höre, dass der Herr Landesrat Bieler jetzt eine Pressekonferenz gegeben und gesagt hat, dass demnächst 247 Millionen Euro abgehen.

Ja, Herr Landesrat, von wo kriegen wir 247 Millionen Euro? Das hätte ich einmal von Ihnen gerne gehört. *(Abg. Johann Tschürtz: Von Griechenland könnten wir es rückfordern!)*

Ich weiß noch immer nicht, wo er das Geld jetzt hernimmt. Ich weiß es nicht, aber vielleicht bringt er es von Bernstein herauf. Irgendwo muss er es hernehmen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Es würde mich freuen, wenn wir das wirklich schaffen könnten, dass man die Gemeinden und die Bevölkerung in diesem Land dementsprechend wieder unterstützen kann.

Denn, und das will ich Euch auch noch sagen, die Armut im Südburgenland ist sehr groß. Die ist nicht klein. Da müssen wir aufpassen, dass wir nicht noch tiefer hinein kommen.

Ich glaube, dass wir es schlussendlich gemeinsam schaffen können. Das Gemeinsame höre ich wirklich gern, denn ich mache das auch bei mir in der Gemeinde so, dass wir gemeinsam gestalten, gemeinsam arbeiten und gemeinsam alles machen.

Nur, noch einmal: Die Worte vernehme ich sehr wohl, nur der Glaube fehlt mir. Ich denke mir aber trotzdem, dass ich mich hier in diesem Land und in diese Landespolitik mit positiven Ansätzen einbringen will. Das wird wichtig sein.

Eines noch, weil der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter von der Feuerwehr geredet hat: Vor längerer Zeit habe ich schon einmal die Idee der Vorsteuerabzugsberechtigung gehabt und eingebracht, wenn man ein Feuerwehrauto

kauft, oder ein Feuerwehrhaus baut. Für die Feuerwehr etwas zu tun ist wichtig, und nicht sagen, ich war gestern dort und habe der Feuerwehr die Hand geschüttelt.

Auch schön und gut, ist ohnehin gut, die brauchen das, sind doch alles Freiwillige. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Bist Du schon dabei? Bist Du schon Mitglied?)* Ich bin der Chef von der Feuerwehr, als Gemeindeoberhaupt, das wirst Du doch hoffentlich wissen.

Aber Du bist auch immer so euphorisch mit der Feuerwehr und baust lieber in Liebing ein Haus und in Rattersdorf noch ein Haus und eröffnest es dann. Das ist gut, aber von Spargedanken hast Du noch nie irgendeine Idee gehabt. Daher fordere ich Dich auf, dass wirklich einzubringen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich glaube, dass da auch einiges möglich wäre. Insofern, wenn ich ein Auto kaufe, um 400.000 Euro habe ich 80.000 Euro wieder und die Möglichkeit auch andere Ausrüstungen anzuschaffen oder für die Gemeinde etwas zu tun. Ich glaube, das wäre der richtige Weg.

In diesem Sinne stehe ich auch dazu, gemeinsam die Zukunft zu gestalten, Aber, da erwarte ich mir auch, dass das wirklich gemeinsam geht und ich hoffe, dass wir das schaffen, was Ihr Euch vorgenommen habt und wo ich dazu beitragen kann.

Aber eines wird auch wichtig sein, nämlich, die Kontrolle in diesem Land. Danke schön.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Michel Reimon.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Regierungsmitglieder! Ich habe keine fünf Jahre Abstinenz in diesem Haus zu kompensieren. Meine Rede wird deshalb ein bisschen kürzer werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich habe natürlich, nachdem ich im Hintergrund lange am Grünen Projekt mitgearbeitet habe, etwas vorbereitet.

Zum Thema: „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“ wollte ich diese Rede hier halten. Dann komme ich heute morgen ins Büro, um mich auf diese Sitzung vorzubereiten, und das erste, was ich sehe, ist ein Antrag der Regierungsparteien, den Präsidenten des Tourismusverbandes zu verdoppeln und zwei Präsidenten daraus zu machen.

So beginnt diese Legislaturperiode. Der Proporz feiert mit dem allerersten Papier, das man als Abgeordneter vorfindet, fröhliche Urständ. Daraufhin habe ich mir gedacht, dass es die ganze Sache vielleicht gar nicht wert ist, sich hinzustellen und eine sehr laborierte Rede darüber zu halten, wie man wirklich und konsequent mit der Natur zu neuen Erfolgen kommt.

Vielleicht ist das Ganze nicht ganz ernst genommen, wie es hier abläuft. Das war jetzt schon sehr viel Show und vielleicht kommt noch viel mehr Show. Eigentlich bin ich hier, um ernsthaft zu arbeiten und ernsthaft etwas zu machen.

Wenn man sagt, das Burgenland ist auf dem Weg energieunabhängig zu werden, stromunabhängig zu werden, uns als Umweltmusterland darstellt und verschweigt, dass man Vorletzter beim Klimaschutz der österreichischen Bundesländer ist, wenn man zwei Wochen nach der Wahl die Genehmigung einer Müllverbrennungsanlage, die das Südburgenland zum Mistkübel Mitteleuropas macht, genehmigt, und dazu schweigt, sich aber dann hinstellt und sagt, unser Leitbild ist „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“, dann

mangelt es mir einfach an der Ehrlichkeit, die da eine ehrliche Auseinandersetzung damit möglich macht. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ich werde Ihnen, glaube ich, in den nächsten fünf Jahren ziemlich viel Opposition zeigen. Danke.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann und Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Ich hoffe, wir werden jetzt zukünftig nicht immer zwei Regierungserklärungen hören, dann zwei Budgets hören, sondern ich hoffe, es bleibt zukünftig, beim dem, wie es gewesen ist.

Das es dann eben nur eine Budgetrede gibt, und dann nicht wieder eine zweite. Grundsätzlich hat der Herr Landeshauptmann Niessl seine ÖVP wieder an Bord. Die ÖVP ist wieder in das warme Bettchen gestiegen.

Ich möchte vorab gleich eines erwähnen, weil es auch, glaube ich, im Hinblick auf die neue Zusammenarbeit sehr wichtig ist. Im Bereich der Sicherheit, der mir sofort aufgefallen ist bei der Regierungserklärung, wo der Herr Landeshauptmann jetzt auch definitiv davon spricht, natürlich gemeinsam mit der ÖVP, dass jetzt endlich Planposten besetzt werden.

Ich bin schon gespannt, ob diese 300 Planposten, Herr Landeshauptmann, für die Polizei, die Sie ja so unermüdlich gefordert haben, ob diese dann jetzt auch umgesetzt werden, oder vielleicht im Jahr 2011? Aber ich hoffe, es wird noch jetzt im Oktober passieren oder dieses Jahr.

Das heißt, die ÖVP und SPÖ sind ja jetzt ein Team und daher wird es jetzt zur Umsetzung kommen. Wie es auch drinnen steht in der Regierungserklärung, nämlich zur Besetzung dieser Planposten mit burgenländischen Polizisten.

Ich gratuliere der ÖVP und der SPÖ zu diesem Entschluss. Wir freuen uns schon, wenn diese 300 neuen Polizisten, noch heuer im Burgenland, dann noch mehr vorhanden sind.

Aber ich glaube, jetzt wird es keine Allmachtpolitik der SPÖ mehr geben, denn jetzt wird es eine Allmachtpolitik der ÖVP und der SPÖ geben. Das heißt, jetzt ist die SPÖ noch stärker geworden, denn jetzt hat man sogar die Verfassungsmehrheit gemeinsam mit der ÖVP.

Und wir sind die einzige Oppositionspartei mit Klubstatus und haben natürlich auch den Vorsitz im Kontrollausschuss. Daher werden wir im Bereich der Kontrolle eine hohe Verantwortung übernehmen.

Wir werden daher auch, und wir haben den Antrag schon eingebracht, einen Burgenlandkonvent beantragen, wo hauptsächlich einmal im Bereich der Kontrolle alle offenen Fragen zu beantworten sind.

Zum einen ist es jetzt wichtig, das Rechnungshofgesetz in Angriff zu nehmen und umzusetzen.

Zum zweiten wird es wichtig sein, eine Stärkung des Kontrollausschusses zu haben, wo auch die Möglichkeit besteht, Einsicht zu haben in gutachterliche Prüfungen.

Wir alle wissen, dass ja jetzt schon der Bericht, die gutachterliche Prüfung von Oberwart da ist. Das heißt, aber leider Gottes hat der Landtag, haben Sie alle, 35 mit mir 36 Abgeordnete, nicht die Möglichkeit diesen Prüfbericht zu sehen.

Das ist ein Umstand, den wir so nicht stehen lassen können. Das heißt, es wird daher wichtig sein, damit es auch Einsichtsmöglichkeiten gibt, in Prüfaufträge die von der Regierung beauftragt worden sind, daher müssen wir dort auch Akzente setzen.

Wir brauchen ein neues Ausbildungssystem für Gemeindebedienstete und zwar den zertifizierten Verwaltungsmanager. Man darf nicht vergessen, wenn dieses Programm tatsächlich auch zur Umsetzung kommen würde, dann ist es ein Fachhochschullehrgang. Das heißt, man könnte sogar bis zum „Master of Science“ eine Ausbildung durchziehen.

Dieser zertifizierte Verwaltungsmanager ist deshalb sehr wichtig, weil natürlich auch die Gemeinden erkennen haben müssen, dass es nicht so einfach ist hier die wirtschaftliche Basisarbeit in den Gemeindestuben abzuhalten.

Wir brauchen auch eine dringende Wahlrechtsreform. Und vor allem müssen wir auch noch darüber reden, wie es zukünftig mit dem Proporz aussieht.

Die Wahlrechtsreform, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist deshalb so wichtig, weil es bis jetzt möglich war, auch noch nach der Wahl wählen zu gehen, sogar noch zwei Tage nach der Wahl. Das heißt, wir müssen diese Briefwahl unbedingt ändern.

Es gibt ja jetzt schon eine Verfassungsklage beim Verfassungsgericht bezüglich dieser Briefwahl, daher werden wir uns auch hier im Burgenland dahinter stellen.

Der Herr Landeshauptmann Niessl hat gesagt im Jahr 2009, er möchte das beste Rechnungshofgesetz haben. Ich verstehe daher überhaupt nicht, dass SPÖ und ÖVP sich jetzt so sehr aufgeregt haben, als ich gemeinsam mit dem Rechnungshofdirektor Dipl. Ing. Katzmann dieses Projekt des zertifizierten Verwaltungsmanager präsentiert habe. *(Zwiesgespräche bei den Abgeordneten der ÖVP)*

Man hat sogar bei dem Medien versucht, Druck zu machen und den Herrn Dipl. Ing. Katzmann unter Druck zu setzen, weil er sich geleistet hat, mit dem Obmann des Kontrollausschusses jetzt eine Pressekonferenz abzuhalten, wo er sein durchaus tolles, positives Projekt, das es einzigartig gibt in Österreich oder geben würde in Österreich, mit mir vorzustellen.

Ich verstehe eines nicht, warum die ÖVP und die SPÖ, die ja jetzt so lieb verbunden sind miteinander, schon vor einem Jahr, als der Herr Rechnungshofdirektor auch den beiden Präsidenten Schmid und Radakovits angesprochen hat, da nicht reagiert haben?

Also da hat er extra etwas ausgearbeitet, sogar mit den Fotos von Radakovits und Schmid, mit deren Einbindung und man hat überhaupt nichts gemacht. Und jetzt regt man sich auf, von Seiten der SPÖ und ÖVP, warum Dipl. Ing. Katzmann gemeinsam mit mir diese Projekt vorgestellt hat.

Da kann man schon erkennen, diese Allmachtpolitik, die jetzt schön langsam aber sicher von SPÖ und ÖVP gemeinsam ausgeübt werden wird. Es kommt jetzt zu einer Einheitspartei. Es gibt jetzt diese Einheitspartei, mit Verfassungsmehrheit.

Das heißt, gerade die Opposition wird sich jetzt sehr dahinter stellen müssen, dass das vorgestellte Projekt passiert.

Und eines gefällt mir schon, unser Präsident des Gemeindevertreterverbandes, Abgeordneter Gerhard Kavasits, hat dieses Projekt voll unterstützt. Also für den hat es

überhaupt keine negative Äußerung gegeben. Er hat gesagt, ja, das ist ein super Projekt. Und warum die Präsidenten Radakovits und Schmid dieses Projekt nicht wollen, das verstehe ich einfach nicht. Aber das ist nicht mein Problem, sondern das ist ihr Problem.

Und es muss zukünftig natürlich auch eine andere Politik geben. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Landeshauptmann, bei aller Wertschätzung, dass Sie auch weiterhin die nächsten fünf Jahre als Moderator im ORF tätig sein werden.

Ich kann mir das wirklich nicht vorstellen. Ich habe jetzt diese Sendung wieder einmal gehört an einem Sonntag, wo der Herr Landeshauptmann jemand interviewt als Moderator.

Er bekommt eine kostenlose Belangsendung im Radio. Warum Sie das machen, verstehe ich nicht. Ich glaube auch, dass ein Landeshauptmann auf dieses Instrument verzichten kann. Sogar der Landeshauptmann Häupl macht das nicht, nämlich Moderator zu spielen und alle möglichen Menschen im Radio zu interviewen.

Herr Landeshauptmann, es kennen Sie 100 Prozent der Bevölkerung. Sie brauchen nicht auch noch zusätzlich Moderator zu sein im ORF. Das ist nicht notwendig. Zeigen Sie Größe und stellen Sie diese, für die SPÖ vom ORF zur Verfügung gestellte, kostenlose Belangsendung ein!

Bereits am Anfang dieser Legislaturperiode kann man erkennen, dass die Allmachtspolitik von SPÖ jetzt sukzessive, sozusagen mit aller Kraft vorhanden ist, denn man kann das auch sehen bei der Feststellung oder der Festlegung der Ausschussmitglieder.

Es hat in der letzten Legislaturperiode zehn Ausschussmitglieder gegeben und diese Zahl der zehn Ausschussmitglieder wurde jetzt abgeändert. Und zwar deshalb, weil natürlich nach dem d'hondtschen System jetzt herunter gerechnet, auch die FPÖ in allen Ausschüssen mit einem Mitglied vertreten gewesen wäre.

Was macht die SPÖ und die ÖVP-Einheitspolitik, oder die Machtpartei SPÖ und ÖVP? Sie reduzieren die Ausschüsse von zehn auf sieben Mitglieder und somit ist die FPÖ, die Freiheitliche Partei, als einziger totaler Gewinner dieser Landtagswahl, nicht mehr in den Ausschüssen vertreten.

Und ich erinnere daran, dass die SPÖ vier Prozent verloren hat, die ÖVP knapp zwei Prozent, die Grünen sind knapp aus dem Landtag gefallen. (*Abg. Manfred Köllly: Wir haben gewonnen. Gewinner ist die Liste Burgenland.*) Wir haben 3,2 Prozent von 5,8 auf neun Prozent zugelegt.

Und auch die Liste Burgenland hat den Einzug, wenn auch nur mit einer Stimme, aber doch den Einzug in den Landtag geschafft. Aber man muss das natürlich auch respektieren. Wie es ist, so ist es.

Ich erinnere wirklich daran, dass die SPÖ und auch die ÖVP die Wahlverlierer waren. Und trotzdem ändert man das System der Ausschüsse, die Mitgliederzahl der Ausschüsse. Nur damit der Wahlsieger nicht die Möglichkeit hat in den Ausschüssen zu sein.

Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist ein demokratiepolitischer Wahnsinn was Ihr da hier treibt! (*Abg. Ilse Benkö liest aus der Regierungserklärung des Landeshauptmannes: Ich lade alle ein.*) Aber man kann es ruhig so tun.

Und die Ansage des Herrn Landeshauptmannes, wir werden versuchen, alle Parteien einzubinden, ist somit obsolet, das ist weg. Denn man versucht nicht die Parteien einzubinden, sondern die Parteien draußen zu haben. Und ich glaube, das ist nicht gut.

Ich will da auch gar nicht polemisch jetzt eines drauf legen, sondern ich will das einfach nur so in den Raum stellen, und auch sozusagen Euch, den Abgeordneten, den 35 oder den 36 Abgeordneten das mitteilen.

Wenn man auch zum Beispiel in der Erklärung sieht oder liest, es soll eine Reform des Landesschulrates geben, dann passiert da auch einiges. Und zwar wird wahrscheinlich, ich habe das jetzt einmal so gehört, wird wahrscheinlich der Wahlverlierer, die SPÖ, um ein Mandat mehr bekommen im Landesschulrat.

Die ÖVP wird gleich bleiben. Die Grünen werden herausfallen. Und die FPÖ bleibt auch bei einem Mandat.

Das heißt, der Wahlverlierer, die SPÖ, mit minus vier Prozent, mit Verlust der absoluten Mehrheit, wird im Landesschulrat ein Mandat dazu bekommen.

Es ist schon heute angesprochen worden von den Vorrednern, überhaupt vom Grünen, das hat mir auch gefallen. Das hat man heute wirklich schon sehen können. Da flattert der erste Antrag herein, und da kann man erkennen, dass jetzt der Proporz blüht, mehr noch wie vorher.

Das heißt, jetzt kommt es erst zu Doppelbesetzungen. Jetzt brauchen wir erst diese großen Sicherheitsgurte, die notwendig sind. Denn es wird jetzt ein Belastungspaket geben, das auf uns zukommt, mit dem wir gar nicht rechnen können, im Bezug auf die Bundespolitik. Und jetzt kommt aber die Geschichte, die hochinteressant wird.

Man hat zwischen SPÖ und ÖVP gestritten auf Teufel komm raus, wenn es um bundespolitische Entscheidungen gegangen ist, wo die Menschen auch benachteiligt wurden.

So, jetzt könnt Ihr Euch aber nicht mehr winden, liebe Abgeordnete und liebe Regierungsmitglieder von Rot und Schwarz. Sondern, wenn jetzt die Belastungswelle der Steuerreform kommt, dann müsst Ihr diese Belastungswelle auch mittragen. Da kann jetzt keiner auf Rot schieben, oder der Rote auf Schwarz schieben. Sondern Ihr müsst diese Belastungswelle mittragen!

Und da bin ich schon gespannt. Denn, wenn man sich heute die Zeitschrift „heute“ anschaut, dann sieht man ganz genau den Plan: 1,5 Milliarden Euro weniger für Familien. 1,5 Milliarden Euro weniger für Familien hat die Bundesregierung geplant.

Und das trifft aber auch unsere Bevölkerung. Nicht nur die in Oberösterreich, in Wien und in Niederösterreich, sondern auch die burgenländische Bevölkerung.

Daher, liebe Abgeordnete und lieber Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und lieber Herr Landeshauptmann, da müsst Ihr jetzt durch. Da könnt Ihr Euch auch nicht mehr abputzen, sondern Ihr müsst das jetzt durchtragen.

Auch wenn jetzt sogar bundespolitisch ein Verfassungsbruch passiert ist. Da hat man statt das Budget am 22. Oktober zu präsentieren die Verfassung gebrochen und präsentiert das Budget erst am 1. Dezember 2010, weil Wahlen vor der Tür stehen.

Ich sage das deshalb auch so treffend, weil ich der Meinung bin, dass auch im Bezug auf die Arbeitsmarktförderung, auf die Beschäftigungspolitik, Unglaubliches auf uns zukommt. Wir haben nächsten Mai 2011 die Arbeitsmarktöffnung, die natürlich auch gekoppelt ist mit der Mindestsicherung. Das darf man nicht vergessen.

Wenn jemand drei Monate hier in Österreich gemeldet ist, dann hat er auch Anspruch auf die Mindestsicherung, selbstverständlich mit dieser gestaffelten Situation, die es gibt.

Aber es kommt natürlich auf das Burgenland schon einiges zu. Und daher glaube ich, so wie man jetzt bestrebt ist die Phasing Out-Situation zu verlängern, damit man auch noch nachher Geld bekommt, so sollte man auch versuchen, dass man die Übergangsfristen der Arbeitsmarktöffnung verlängert. Das wäre sicher auch genauso möglich.

Aber ich komme schon zum Schluss, weil ich glaube, dass dieses Papier, oder diese Regierungserklärung, um es so auszudrücken wie es sich auch gehört, dass diese Regierungserklärung zwar schöne Formulierungen sind, aber ich sage Ihnen eines, Sie werden sich sehr schwer tun bei der Umsetzung.

Und ich glaube, dass es wichtig sein wird, die Kontrolle künftig zu stärken, damit nicht nur im Wirtschaftsbereich sondern auch im Tourismusbereich einiges weiter geht.

Aber trotzdem, liebe neue, glückliche Einheitspartei, ich sage Euch nur eines: Ich wünsche Euch alles, alles Gute bei Eurem Vorhaben. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Freundschaft! – Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Klubobmann der ÖVP sage ich klar, damit wir uns gleich zu Beginn gut verstehen: Ein Mandatar, der mit einem anderen Mandatar Gespräche führt, bitte ich doch künftighin nicht zu maßregeln, wenn er das tut.

Auch wenn das jemand hier vom Rednerpult verlangt, sehr geehrter Herr Präsident. Ich glaube das sollten wir auch künftighin so halten, wie das in der Geschäftsordnung vorgesehen ist.

Ein Mandatar ist an keinen bestimmten Platz gebunden. Es sei den bei der Abstimmung. Dort hat er sich bei Zustimmung vom zugewiesenen Platz zu erheben oder sitzen zu bleiben, wenn er nicht zustimmt.

Das ist es und das werden wir auch künftighin hier im Hohen Haus so pflegen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Mein sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Tschürtz! Und das ist das Einzige, was ich machen möchte, weil ich meine Rede immer so verstehe, dass man als Mandatar hier am Rednerpult einen Standpunkt vertritt und nicht die vorherigen Redner kommentiert.

Nur die eine Sache, dass man von einem „demokratiepolitischen Wahnsinn“, Herr Kollege Tschürtz, spricht, nur weil verfassungsmäßig legitimierte Vorgänge hier ganz einfach eingehalten werden, da würde ich bei der Wortwahl schon sehr zurückhaltend sein, *(Abg. Johann Tschürtz: Nein.)* denn diesen „demokratiepolitischen Wahnsinn“ sehe ich nicht. *(Abg. Johann Tschürtz: Ich bleibe dabei.)*

Im Gegenteil, am 30. Mai 2010 hat eine Landtagswahl statt gefunden. Das Wahlergebnis ist bekannt.

Erstmals, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es eine neue Qualität der Demokratie, fünf Parteien sind im Landtag vertreten. Eine neue Herausforderung für alle. Für alle 36 Mandatare, für den jeweils Vorsitzführenden Präsidenten, für die Regierung, Aber auch für alle fünf Parteien, die sich in dieser neuen Art der Zusammenarbeit finden werden, ja finden müssen. 18 SPÖ, 13 ÖVP, drei Freiheitliche, einmal Grün, einmal LBL - das Wahlergebnis ist bekannt.

Und innerhalb von vier Wochen entsprechend der Verfassung, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat sich der Landtag am 24. Juni 2010, hier in diesem Hohen Haus konstituiert. Am 24. Juni mit der Angelobung aller 36 Landtagsabgeordneten, mit der Wahl des Präsidiums, mit der Wahl der Landesregierung, mit der - Herr Kollege Tschürtz - mit der Wahl des Kontrollausschusses.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, künftighin wird das von mir selbst gewählte Motto, das ich mir gegeben habe vor mehr als fünf Jahren, als ich als Klubobmann hier angetreten bin, noch mehr an Bedeutung gewinnen. „Kante und Dialog“, unter diesem Motto bin ich damals angetreten.

Kante deshalb, weil es notwendig ist, in einer durch Medien immer mehr geprägten Welt, auch im Landtag und auch in der Öffentlichkeit, eigene Positionen klar und wieder erkennbar darzustellen.

Dialog, gerade bei solchen Wahlergebnissen wie jetzt, es notwendig ist, diese Gespräche zu suchen mit allen fünf im Landtag vertretenen Parteien. Deshalb diese Kante und der Dialog - soll auch künftighin das Motto unserer Christdemokratischen Partei sein, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Gespräche mit allen im Landtag vertretenen Parteien werden notwendig sein. In der Politik gibt es nur Erfolge, wenn es auch Gespräche gibt, wenn es Argumente gibt, wenn es Verhandlungen gibt und durch Überzeugen. Das wollen wir auch künftighin so tun.

Wir werden diesen Begriffen „Gespräche, Argumente, Verhandlungen und Überzeugen“ künftighin weit mehr Raum widmen müssen, als wir das bisher getan haben. Es war ja in manchen Bereichen bisher auch nicht unbedingt so notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes, die wir gehört haben und in der Wortmeldung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters hat sich eigentlich das wieder gespiegelt, was sich in den Tagen und Wochen nach der Landtagswahl eigentlich auch in der öffentlichen Berichterstattung zugetragen hat, das man sich gefunden hat in einem Programm für dieses Land Burgenland.

Auf Basis dieses Regierungsübereinkommens, das die beiden Parteien SPÖ und ÖVP geschlossen haben, ist eine Regierungserklärung heute hier im Landtag gegeben worden.

Ein sehr ambitioniertes Arbeitsprogramm, meine sehr geehrten Damen und Herren, das es gilt umzusetzen. Dieses Programm, diese Regierungserklärung gibt Antworten auf die Fragen der Zukunft, auf die Fragen der Gesellschaft, auf die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen, im sozialen Bereich, im Sicherheitsbereich.

Ja insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben sich hier unter diesen fünf im Landtag vertretenen Parteien zwei gefunden, die bereit sind, den Gestaltungsauftrag des Wählers anzunehmen.

Die SPÖ und die ÖVP sind bereit, hier in diesem Hohen Haus diesen Gestaltungsauftrag anzunehmen. Diesen Gestaltungsauftrag zum Wohle der Menschen so umzusetzen, dass wir in den kommenden fünf Jahren, am Ende dieser Periode sagen können, ja es waren fünf starke Jahre für dieses Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und wir laden alle positiven Kräfte ein in diesem Land, für dieses Land zu arbeiten - ob das die Parteien sind, ob das die Gewerkschaften sind, ob das die Interessensvertretungen sind, ob das Gemeinden oder Bezirke sind. Jeder der Ideen für dieses Land hat, ist herzlich willkommen.

Und ich glaube auch, dass wir in diesem Dialog, in diesem neuen Klima des Zusammenarbeitens hier im Stande sein werden, alle guten Ideen, egal woher sie kommen, so umzusetzen, dass es für das Land gut ist.

Es ist heute schon angesprochen worden, in dieser kommenden Periode werden viele Dinge auf uns zu kommen. Nicht nur im wirtschaftlichen und sozialen und im finanziellen Bereich, es gilt auch bestimmte Dinge besonders ins Rampenlicht zu rücken.

2011 - wenn also dieser besondere Geburtstag des Franz Liszt zu feiern ist, wo auch 90 Jahre Burgenland zu feiern sein wird. Wobei wir wissen, dass vor 90 Jahren das Burgenland zu Stande gekommen ist, aber sieben Jahre nicht auf der Landkarte zu finden war. Wir kennen die Geschichte, weil es von 1938 - 1945 dieses Land nicht gegeben hat.

Auch das müssen wir den jungen Leuten sagen, dass sich solche Dinge nicht wiederholen dürfen, dass wir das nur hintanhalten können, wenn wir die Demokratie stärken. Wenn möglichst viele an den demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen teilnehmen. Wenn möglichst viele im Rahmen dieser demokratischen Entscheidungsfindungsprozesse informiert werden, auch künftighin an Wahlen teilzunehmen.

Dieses Stärken der Demokratie ist ganz besonders wichtig um solche Auswüchse, wie es von 1938 - 1945 ganz einfach deshalb der Fall war, weil die Demokratie nicht entsprechend ausgeprägt war, damit solche Dinge hintan gehalten werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aufgabe ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Wirtschaftsstandort zu sichern, Sicherheit zu garantieren und möglichst viele Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen, ja zu ermöglichen.

Gemeinsam für das Burgenland, diese Nachhaltigkeit durch Erneuerung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in der Präambel, die im Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP ganz vorne steht, besonders gut herausgearbeitet.

Ich darf Ihnen die wenigen Sätze, die mir ein besonderes Anliegen sind, auch näher bringen. Wir wollen durch klare Orientierung Sicherheit vermitteln und mit Augenmaß handeln. Wir wissen, dass wir nur so wirtschaftliche Stabilität, Dynamik am Arbeitsmarkt und soziale Sicherheit bewahren und künftighin gewährleisten können.

- Nachhaltigkeit in der Belebung des Wirtschaftswachstums um Arbeitsplätze zu schaffen.
- Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik.
- Nachhaltigkeit in der Verbindung von Ökonomie und Ökologie sichert die Handlungsfähigkeit unseres Burgenlandes heute und morgen.

Wir werden mit der Ausrichtung dieses Regierungsübereinkommens wichtige Weichenstellungen für das Burgenland von morgen treffen.

Wir werden darüber entscheiden, meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Chancen wir unseren Kindern mit auf den Weg geben.

Deshalb sollen die Schwerpunkte dieser burgenländischen Arbeit, dieses burgenländischen Zukunftspaketes sein:

- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
- die Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Ausbildung unserer Jugend und
- die Anhebung der Frauenbeschäftigungsquote;
- die Forcierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland mit einem Bekenntnis zu unseren Klein- und Mittelbetrieben im Wissen um die Bedeutung von Leitbetrieben;
- sowie Stabilität in der Finanzpolitik;
- die Förderung von Bildung, Familie und sozialer Sicherheit,

wobei hervorzuheben ist, dass unter der Prämisse des Ausbaues der Schwerpunktkrankenhäuser Eisenstadt und Oberwart eine Standortgarantie für unsere fünf Krankenanstalten abgegeben wird. Der Herr Landeshauptmann hat das sehr klar auch in seiner Regierungserklärung heute herausgearbeitet.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich schließe mit dem Satz, der als letzter auch hier in der Präambel steht: Wir laden alle Burgenländer und Burgenländerinnen, die Oppositionsparteien, die Sozialpartner und die Interessensvertretungen dazu ein, diesen Weg des Burgenlandes von morgen mitzugehen und gemeinsam den Erfolg des Burgenlandes fortzusetzen.

Meine Damen und Herren in Gottes Namen - gehen wir es an! *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Zu Ihren einleitenden Worten möchte ich festhalten, dass wir uns darüber in der nächsten Präsidiäle unterhalten werden.

Ich weise aber auf folgenden Umstand hin: Die freie Rede hat grundsätzlich auch die Aufmerksamkeit als wichtigen Maßstab, und dies sollte auch in diesem Plenum für alle Abgeordneten gelten.

Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Unaufmerksamkeit dem Redner gegenüber durch die Rückenzuweisung gewährleistet ist und deswegen wollte ich, dass eben der Redner auch die Aufmerksamkeit des Zuhörers in vollster Form erlangt. Dankeschön! *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Da weiß ich nicht wo das steht. – Unruhe bei der ÖVP)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Klubobmann Christian Illedits.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten. Den Blick zurück zum 30. Mai 2010, die Wählerinnen und Wähler haben gesprochen und ich denke, die Botschaft war deutlich.

Sie haben sich für klare Verhältnisse im Land entschieden. Und sie haben sich eindeutig gegen Experimente im Land ausgesprochen und sie haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass der erfolgreiche Kurs unter Landeshauptmann Hans Niessl auch weiter geführt werden soll.

Nämlich jeder zweite Burgenländer, jede zweite Burgenländerin haben der SPÖ das Vertrauen geschenkt. 18 Mandate haben wir erreicht und somit ist klar, dass wir die Beschlusskonstante im burgenländischen Landtag sind, in der Regierung die Mehrheit verteidigt haben.

Und der Landeshauptmann selbst hat mit 52.300 Vorzugsstimmen ein Ergebnis erreicht, (*Abg. Johann Tschürtz: Ein Grund zum Feiern.*) das in Relation zum Gesamtergebnis eigentlich viel höher ist, als zum Beispiel das Ergebnis das Landeshauptmann Erwin Pröll in Niederösterreich 2008 bekommen hat.

Ich denke, um in einer Sprache der Wirtschaft zu reden, das ist ein ganz klarer Folgeauftrag für eine weitere Amtsperiode, klarer hätte diese nicht ausfallen können. Die Menschen haben uns gewählt, weil ich meine, sie wollen eine gute, sie wollen eine sachliche Arbeit für dieses Land.

Und sie haben, und das ist auch ganz klar zum Ausdruck gekommen, die Bäume der Opposition nicht in den Himmel wachsen lassen und sie haben auch in Richtung Opposition doch kleine Denkkärtchen verteilt und ich denke, auf diesen Denkkärtchen war eines ganz klar zu lesen:

Dort war zu lesen, dass die Menschen keinen Streit wollen, sondern sie wollen konstruktive Arbeit.

Sie wollen keine Polarisierung, sondern sie wollen, dass sich die Parteien zusammenraufen und das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt wird. Und diesen neuen Kurs der Gemeinsamkeit hat der Herr Landeshauptmann heute in seiner Regierungserklärung eindrucksvoll skizziert. Wir Sozialdemokraten bekennen uns aus voller Überzeugung dazu.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben einen Wahlkampf hinter uns und auch das sei noch abschließend zum Wahlkampf gesagt, der intensiv, der hart und der nicht immer fair geführt wurde.

Als SPÖ waren wir uns immer klar darüber, dass es vor dem 30. Mai auch einen Tag nach der Wahl gibt und wir waren darauf bedacht, dass nicht mutwillig Gräben aufgerissen werden, das nehme ich für meine Partei in Anspruch.

Andere Parteien haben andere Parolen ausgegeben, haben sich auf Antiparolen beschränkt und die Staatsanwaltschaft wurde mehr als jemals zuvor bemüht.

Und es hat - und auch das lassen Sie mir sagen - unnötige Fouls gegeben. Es hat Eigentumsverhältnisse in der Ignoranz gegeben und Regeln wurden gebrochen.

Jetzt befinden wir uns knapp vor dem Finale der Fußballweltmeisterschaft und lassen Sie mich ein Wort, einen Satz aus dem Fußballchargon einflechten. Ich denke, diese WM hat gezeigt, dass man immer nach vorne schauen muss, es zählt nicht das Tor von gestern, es zählt nicht das Foul von gestern, sondern es zählt immer nur das Match, das vor einem liegt.

Dieses Beispiel sollten wir uns für die neue Arbeitsperiode im Landtag vor Augen halten. Wir sollten keinen offenen Rechnungen begleichen, sondern aufeinander zugehen,

dafür wurde mit dem Übereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ eine gute Basis gelegt.
(Beifall bei der SPÖ)

Und wenn uns alles Mögliche jetzt hier auch mit Worten untermauert ausgerichtet wird, dann sage ich ganz klar: es ist keine Heirat, die wir eingegangen sind, schon gar keine Liebesheirat, sondern es ist eindeutig ein Pakt der Vernunft.

Und wir sollten nicht vergessen - und das meine Damen und Herren müssen wir uns immer wieder vor Augen führen - Österreich steht noch immer am Rand der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und manche Experten sagen wahrscheinlich mit Recht, wir stehen noch mitten drin, und da darf hier keine Energie für unnötige Streitereien verschwendet werden. Wir wollen, dass das Burgenland möglichst unbeschadet aus dieser Krise herauskommt.

Wir wollen Arbeitsplätze schaffen, wir wollen Arbeitsplätze sichern und darauf schauen, dass die Menschen auch mit diesen Maßnahmen, die zweifelsohne in Überlegungen sind, nicht unter die Räder kommen.

Und zugleich gilt es natürlich, aus dieser Krise eine Chance zu machen und hier die Stärken des Burgenlandes auszubauen. Unsere Vorreiterrolle bei der Bildung und bei den erneuerbaren Energien, unsere qualifizierte Jugend, unseren hohen Sozial- und Gesundheitsstandard und unser Tourismuspotential zu nützen.

Wenn wir diese Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen, dann liegen, und davon bin ich überzeugt, fünf gute Jahre vor dem Burgenland.

Werte Kolleginnen, Hohes Haus, die Krise zur Chance machen, bedeutet auch sich harten Wahrheiten zu stellen und das Burgenland muss im Vergleich zu den Prognosen für das Doppelbudget 2009/2010 und 2011/2012 mit 248 Millionen Euro Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen rechnen und dazu kommen natürlich der Druck auf den Arbeitsmarkt und der Druck auf die Haushalte.

Es ist uns ganz klar, es muss gespart werden, aber gleichzeitig kann unser Ziel für die kommenden Jahre nur Vollbeschäftigung heißen. Davon lassen wir uns sicherlich nicht abbringen.

Daher enthält das Regierungsprogramm als Herzstück ein burgenländisches Zukunftspaket, das wir in den nächsten Monaten, Jahren umsetzen werden und dieses Wort von Altlandeshauptmann Karl Stix gilt heute mehr denn je:

Bremsen und Gas geben - dieses Motto sollten wir auch weiterhin umsetzen.

Werter Präsident, Hohes Haus, dieses neue Klima der Gemeinsamkeit denke ich, ist gut für das Burgenland, weil es verhindert, dass wir uns verzetteln.

Aber eines sei auch seitens der Sozialdemokratie ganz klar deponiert: Es wird sicher keine ideologische Selbstaufgabe der SPÖ stattfinden, ganz im Gegenteil. Gerade die Folgen dieser Finanzmarktkrise, die natürlich auch im Burgenland zu verspüren sind, erfordern jetzt ganz klare Positionen.

Und wir werden in der nächsten Zeit sicherlich verschärft und verstärkt mit Verteilungskämpfen konfrontiert sein und diese miterleben, zwischen dem Bund, zwischen den Ländern, zwischen den Gemeinden und zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen, zwischen den Arbeitnehmern, zwischen den Arbeitgebern, zwischen denen, die Bedürfnisse haben und denen, die Vermögen haben.

Gerade hier sind wir als Landespolitiker gefordert. Die SPÖ wird sich sicherlich nicht verschweigen, wenn es um viele Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer geht.

Für uns ist zum Beispiel ganz klar, dass die Budgetfolgen der Finanzmarktkrise nicht einseitig auf die sogenannten kleinen Leute abgewälzt werden dürfen. Für die Krise sollen nämlich, und dazu stehen wir, diejenigen zahlen, die sie angerichtet haben und mit diesem Kasinosystem sehr gut gelebt haben.

Wir wissen und wir werden, aber auch in Bildungs- und Sicherheitsfragen klar die Anliegen des Burgenlandes artikulieren. Klar ist, dass wir mehr Personal bei der Exekutive brauchen. Der Herr Landeshauptmann hat es in der Regierungserklärung erwähnt.

Die Frau Innenministerin sitzt da noch immer auf den Ohren, aber ich denke, wir werden sie auf die Notwendigkeiten des Burgenlandes erinnern und das gemeinsam mit der ÖVP, so ist es abgesprochen, tun.

Aber auch auf dem Bildungssektor stehen wichtige Zukunftsinteressen des Burgenlandes auf dem Spiel. Ein Beispiel - Neue Mittelschule - dieses Projekt, dieses Reformprojekt läuft gut, läuft hervorragend.

Es müssen aber nun schlussendlich rechtliche Barrieren abgebaut werden und diesen Mut zur Vernunft, den fordern wir jetzt ein, weil es um die Zukunft des Landes, weil es um die Zukunft unserer Kinder geht und weil es um soziale Chancengleichheit geht. Das ist eines der wichtigsten Anliegen für die nächste Zeit, das wir umsetzen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Regierungsparteien sind jetzt bereit, sich neuen Herausforderungen gemeinsam zu stellen und diese gemeinsam zu bewältigen. Uns Sozialdemokraten ist es aber schon wichtig, dass hier im Hohen Haus ein lebendiger Parlamentarismus möglich ist.

Wir werden uns als SPÖ sicherlich nicht verschließen, wenn es gute Vorschläge der Opposition gibt. Aber Zusammenarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist sicherlich keine Einbahnstraße.

Auch die kleinen Fraktionen werden sich eben entscheiden müssen, ob sie Fundamentalopposition oder ein konstruktives Korrektiv sein wollen und dies sein werden. Lassen Sie mich doch noch einige Anmerkungen zu dieser Nachwahldiskussion anbringen.

Wenn man sich als Opposition über ein knappes Wahlergebnis sehr heftig unterhält und sich manche Gemüter erhitzen, dann ist das die eine Sache, aber ich habe kein Verständnis, wenn man von einem demokratiepolitischen Notstand spricht und diesen sogar ausrufen will. Dieser schadet dem Ansehen des Burgenlandes.

Dieses neue Wahlrecht ist ja nicht neu in Österreich, sondern es ist ein 1:1 Modell von Niederösterreich. Es gehört ganz klar auch gesagt, deutlich weniger ungültige Stimmen als 2005 bestätigen, (*Abg. Manfred Köllly: Dort hat keiner etwas gesagt!*) dass sich der Wähler sehr wohl damit intensiv auseinandergesetzt hat und sehr wohl gut ausgekannt hat.

Das heißt, die Burgenländer sind sehr mutige Menschen und mutige Wähler und das haben sie eindeutig bestätigt.

Ich bin letztendlich froh, dass die FPÖ und die Freie Bürgerliste das erkannt haben, *(Abg. Manfred Köllly: Freie Bürgerliste, Liste Burgenland!)* dass sie sich mit diesem Dauerstreit nach der Wahl eigentlich nur selbst schaden.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der Opposition, Wahlen sollten von Wählerinnen und Wählern entschieden werden und von niemandem sonst. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zur Diskussion der Ausschüsse. Die FPÖ hat sich beschwert aus den Ausschüssen verdrängt worden zu sein. Ein klares Wort dazu - wenn man nicht drinnen war, kann man auch nicht daraus verdrängt werden. Stimmberechtigt waren Sie, meine Damen und Herren der FPÖ, bisher nur in drei Ausschüssen, das sind Sie nach wie vor, Kontrolle, EU und Hauptausschuss. *(Abg. Johann Tschürtz: Aber warum hat man die Anzahl gesenkt? – Abg. Matthias Weghofer: Einsparungen!)*

Die Verteilung der stimmberechtigten Mitglieder in allen anderen Ausschüssen ist gesetzlich festgelegt. Wir haben uns für sieben entschieden, weil es ein noch effizienteres Arbeiten, Herr Kollege Tschürtz, zulässt.

Sie wissen ganz genau, obwohl es nicht in der Geschäftsordnung steht, obwohl es nicht verbrieft und schriftlich verankert ist, haben wir uns intern verständigt, dass alle Oppositionsparteien bei allen Sitzungen teilnehmen und sich zu Wort melden können. Ich denke, das ist eine faire Regelung.

Sie sichert die Rechte der Opposition und bringt auch, und das sollten Sie auch nicht vergessen, die Mehrheitsverhältnisse doch zum Ausdruck. *(Abg. Johann Tschürtz: Sparen wir gleich alles ein!)*

Der Burgenländische Landtag ist auch, das muss heute bei der ersten Sitzung nach der konstituierenden Sitzung gesagt werden, durch den Einzug von zwei Einmannfraktionen sicherlich bunter geworden. Das haben wir auch heute feststellen dürfen. Natürlich sollen sich auch die Kleinstfraktionen einbringen können und müssen.

Ich sage ganz klar, der SPÖ fällt sicherlich kein Zacken aus der Krone, wenn es darum geht, dafür in der Geschäftsordnung einige Brücken zu bauen. Aber eines muss auch klar gesehen werden. Das Burgenland hat stärkere Oppositions- und Minderheitsrechte als die meisten anderen österreichischen Bundesländer.

Wir können zweifellos stolz darauf sein und müssen uns im Burgenland für den Umgang mit der Opposition nicht genieren. Das Burgenland ist mit seinem offenen Kurs bisher immer sehr gut gefahren und wir werden auch diesmal dafür sorgen, dass im Landtag ein Wettbewerb der besten, der besseren Ideen möglich ist.

Zum Schluss, zusammenfassend - für die SPÖ kann ich versprechen, dass wir weiter das Gemeinsame vor das Trennende stellen werden. Wir werden sicherlich auch mit unserer Mehrheit verantwortungsvoll umgehen.

Das bedeutet zum Ersten, wir werden die Zusammenarbeit suchen, wo immer dies möglich ist.

Zum Zweiten werden wir uns um breite Mehrheiten bemühen, wo immer dies machbar ist und zum Dritten werden wir gemeinsam mit der ÖVP Entscheidungen herbeiführen, wo es im Interesse des Burgenlandes nötig ist.

Ich sehe die heutige Regierungserklärung von Landeshauptmann Hans Niessl als umfassendes Zukunftsprogramm, getragen von Weitblick, von Innovationsfreude und einem pragmatischen Sinn für das Machbare.

Wahlen, liebe Abgeordneten Kolleginnen und Kollegen, sind nicht nur Lohn für die Leistungen von gestern, sondern vor allem ein großer Vertrauensvorschuss für das Morgen.

In diesem Sinne sollten wir an die Arbeit gehen und dieses Regierungskonzept kraftvoll umsetzen. Geben wir gemeinsam das Beste für unser Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Nur zur Richtigstellung, es wird keine Rede, sondern nur zur Information, wenn man es so betrachten möchte, bezüglich der Ausschüsse.

Erstens einmal kosten die nicht mehr Geld, wenn sie mit mehr Mitgliedern besetzt sind.

Zweitens, Herr Abgeordneter oder Herr Klubobmann Illedits, die Verhältnisse im Burgenländischen Landtag sollten sich widerspiegeln mit den Verhältnissen in den Ausschüssen.

Jetzt gibt es in den Ausschüssen, nachdem sie reduziert worden sind, sieben Mitglieder. Jetzt hat die SPÖ dort die absolute Mehrheit. Die SPÖ hat jetzt in den Ausschüssen die absolute Mehrheit, *(Abg. Manfred Kölly: Was glaubst Du, warum sie das so gemacht haben?)* aber im Landtag hat die SPÖ nicht die absolute Mehrheit.

Deshalb ist es wahrscheinlich der ÖVP gut und Recht, ja liebe SPÖ, okay, reduzieren wir, denn wenn man wieder die zehn Mitglieder genommen hätte, dann wären fünf SPÖ gewesen, vier ÖVP und ein FPÖ. Dann hätte es genau die gleiche Situation gegeben im Landtag und deshalb beanstanden wir diese Situation.

Jetzt hat die ÖVP bauchliegend oder rückenliegend gesagt, ja die SPÖ soll in den Ausschüssen die absolute Mehrheit haben. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung gelangt.

2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Der 2. und letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages Ausschüsse zu bilden.

Gemäß Artikel 42a L-VG in Verbindung mit § 50a GeOLT hat der Landtag einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf. Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder der im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Meine Damen und Herren, es ist mir der Vorschlag zugekommen, der Landtag

wolle die Zahl der weiteren Mitglieder mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde.

Ich lasse darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat somit mehrheitlich beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine Damen und Herren! In Entsprechung der Bestimmung des Art. 42a Abs. 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied der Grünen und ein Mitglied der LBL an.

Hohes Haus! Des Weiteren ist mir der Vorschlag zugekommen, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden. Nämlich einen Agrarausschuss, einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss, einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, einen Petitionsausschuss, einen Rechtsausschuss, einen Sozialausschuss, einen Umweltausschuss und einen Wirtschaftsausschuss.

Gleichzeitig ist mir der Vorschlag zugekommen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils sieben festzulegen.

Weiters ist mir der Vorschlag zugekommen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen.

Die Bildung eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in Artikel 42b der Burgenländischen Landesverfassung bestimmt.

Außerdem ist die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz aus dem Jahre 1926 vorgesehen, und die Bildung eines Immunitätsausschusses in § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Meine Damen und Herren! Des Weiteren ist mir in einem offenen Brief vom 7. Juli 2010 seitens des FPÖ Landtagsklubs der Vorschlag unterbreitet worden, die ständigen Ausschüsse, außer dem Hauptausschuss, mit zehn Mitgliedern beziehungsweise Ersatzmitgliedern festzusetzen. Ich korrigiere, nicht mir, sondern dem Herrn Präsidenten ist dieser Brief zugekommen.

Ich lasse vorerst über den von den Regierungsparteien übermittelten Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser Ausschüsse - mit Ausnahme des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit - mit jeweils sieben und die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses für europäischen Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit neun festzulegen, abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vorschlag ist somit mehrheitlich angenommen.

Der von dem FPÖ-Landtagsklub eingebrachte Vorschlag ist somit gegenstandslos.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ, ein Mitglied der Grünen und ein Mitglied der LBL an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ und drei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP an.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landtages mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in sechs Ausschüssen und die ÖVP in vier Ausschüssen den Obmann.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gem. § 74 Abs. 4 GeOLT fraktionell durchgeführt. Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag ist somit angenommen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*nach Verteilen der Stimmzettel*): Die Stimmzettel sind verteilt. Ich ersuche den Herrn Schriftführer Pongracz um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Geißler Rudolf, Gottweis Andrea, Mag. Gradwohl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Jany Reinhard, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kavasits Gerhard, Lentsch Kurt, Loos Josef, Mag. Maczek Kurt, Dr. Moser Manfred, Prohaska Doris, Radakovits Leo, Reimon Michel, MBA, Sack Edith, Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Sampt Helmut, Schneckner Ewald, Sodl Wolfgang, Steier Gerhard, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Sulyok Norbert, Titzer Gabriele, Trinkl Mario, Trummer Erich, Tschürtz Johann, Weghofer Matthias, Wolf Christoph und Pongracz Gerhard selbst die Stimmzettel in der Wahlurne.)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis und den Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz die Stimmenzählung vorzunehmen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*nach vorgenommener Stimmenzählung*): Es wurden 36 Stimmen abgegeben. 36 Stimmen sind gültig, 0 Stimmen sind ungültig. 18 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 13 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der ÖVP, 3 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der FPÖ, 1 gültige

Stimme den Wahlvorschlag der Grünen und 1 gültige Stimme den Wahlvorschlag der LBL.
Aufgrund dieser Wahl haben die Ausschüsse folgende Zusammensetzung:

Hauptausschuss

Mitglieder:

ILLEDITS Christian
Dr. **MOSER** Manfred
PONGRACZ Gerhard
STEIER Gerhard
LENTSCH Kurt
Ing. **STROMMER** Rudolf
TSCHÜRTZ Johann
REIMON Michel, MBA
KÖLLY Manfred

Ersatzmitglieder:

HERGOVICH Robert
Mag. **MACZEK** Kurt
PROHASKA Doris
SACK Edith
GOTTWEIS Andrea
Mag. **GRADWOHL** Werner
BENKÖ Ilse
TRUMMER Erich
Mag. **STEINER** Thomas

Agrarausschuss

Mitglieder:

HERGOVICH Robert
LOOS Josef
Mag. **MACZEK** Kurt
PONGRACZ Gerhard
JANY Reinhard
SAMPT Helmut
SULYOK Norbert

Ersatzmitglieder:

Dr. MOSER Manfred
SACK Edith
SCHNECKER Ewald
SODL Wolfgang
LENTSCH Kurt
RADAKOVITS Leo
WEGHOFER Matthias

Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mitglieder:

ILLEDITS Christian
Dr. **MOSER** Manfred
PROHASKA Doris
SODL Wolfgang

Ersatzmitglieder:

FRIEDL Werner
HERGOVICH Robert
LOOS Josef
PONGRACZ Gerhard

RADAKOVITS Leo
Ing. **STROMMER** Rudolf
BENKÖ Ilse
REIMON Michel, MBA
KÖLLY Manfred

GOTTWEIS Andrea
Mag. **STEINER** Thomas
KOVASITS Gerhard
SCHNECKER Ewald
WEGHOFER Matthias

Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

Mitglieder:

HERGOVICH Robert
ILLEDITS Christian
Dr. **MOSER** Manfred
PONGRACZ Gerhard
LENTSCH Kurt
RADAKOVITS Leo
Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:

FRIEDL Werner
KOVACS Günter
SACK Edith
TRUMMER Erich
GEISSLER Rudolf
GOTTWEIS Andrea
Mag. **STEINER** Thomas

Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

Mitglieder:

HERGOVICH Robert
KOVACS Günter
SACK Edith
SCHNECKER Ewald
Mag. **GRADWOHL** Werner
SULYOK Norbert
WEGHOFER Matthias

Ersatzmitglieder:

ILLEDITS Christian
SALAMON Ingrid
TITZER Gabriele
TRINKL Mario
RADAKOVITS Leo
SAGARTZ Christian, BA
SAMPT Helmut

Petitionsausschuss

Mitglieder:

Mag. **MACZEK** Kurt
LOOS Josef
TITZER Gabriele

Ersatzmitglieder:

FRIEDL Klaudia
PONGRACZ Gerhard
SALAMON Ingrid

TRUMMER Erich
LENTSCH Kurt
 Ing. **STROMMER** Rudolf
WEGHOFER Matthias

SODL Wolfgang
JANY Reinhard
RADAKOVITS Leo
SULYOK Norbert

Rechtsausschuss

Mitglieder:
ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
PROHASKA Doris
TRUMMER Erich
 Mag. **GRADWOHL** Werner
 Mag. **STEINER** Thomas
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:
FRIEDL Klaudia
LOOS Josef
PONGRACZ Gerhard
SCHNECKER Ewald
LENTSCH Kurt
SAGARTZ Christian, BA
WOLF Christoph

Sozialausschuss

Mitglieder:
FRIEDL Klaudia
PROHASKA Doris
SACK Edith
TRINKL Mario
GEISSLER Rudolf
GOTTWEIS Andrea
SAGARTZ Christian, BA

Ersatzmitglieder:
ILLEDITS Christian
KOVACS Günter
TITZER Gabriele
TRUMMER Erich
 Mag. **GRADWOHL** Werner
 Ing. **STROMMER** Rudolf
WEGHOFER Matthias

Umweltausschuss

Mitglieder:
LOOS Josef
SACK Edith
SALAMON Ingrid
TRUMMER Erich
 Mag. **GRADWOHL** Werner
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:
ILLEDITS Christian
 Mag. **MACZEK** Kurt
PROHASKA Doris
TRINKL Mario
JANY Reinhard
SAMPT Helmut

WOLF Christoph

SULYOK Norbert

Wirtschaftsausschuss

Mitglieder:

FRIEDL Werner

HERGOVICH Robert

ILLEDITS Christian

Dr. **MOSER** Manfred

GOTTWEIS Andrea

LENTSCH Kurt

SAGARTZ Christian, BA

Ersatzmitglieder:

FRIEDL Klaudia

LOOS Josef

PONGRACZ Gerhard

PROHASKA Doris

GEISLER Rudolf

Ing. **STROMMER** Rudolf

WOLF Christoph

Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 4, Beilage 4, und Zahl 20 - 6, Beilage 6, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 20 - 5, Beilage 5, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 7, Beilage 7, Zahl 20 - 14, Beilage 14, die selbständigen Anträge Zahl 20 - 19, Beilage 19, Zahl 20 - 21, Beilage 21, und den Bericht des Rechnungshofes Zahl 20 - 3, Beilage 3, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 20 - 8, Beilage 8, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Sozialausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 9, Beilage 9, Zahl 20 - 10, Beilage 10, Zahl 20 - 11, Beilage 11, Zahl 20 - 12, Beilage 12, Zahl 20 - 13, Beilage 13, die selbständigen Anträge Zahl 20 - 17, Beilage 17, und Zahl 20 - 22, Beilage 22, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 15, Beilage 15, und Zahl 20 - 16, Beilage 16, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Agrarausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 20 - 18, Beilage 18, weise ich dem Sozialausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 20 - 20, Beilage 20, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss,

den Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 20 - 1, Beilage 1, weise ich dem Landeskontrollausschuss und

die Vorlage Zahl 20 - 2, Beilage 2, weise ich dem Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings darauf aufmerksam machen, dass die

nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 30. September 2010, vorgesehen ist.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Urlaubszeit.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n** und damit die ordentliche Tagung 2009/2010 für beendet.

Schluss der Sitzung: 12 Uhr 26 Minuten